

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M.,
 wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7437.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgepaltenen Koloniel-
 lets oder deren Raum 40 Pf., für
 Besetzungs- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr
 vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Donnerstag, den 15. April 1897.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Der neue Mittelstand.

Als vor über dreißig Jahren in Deutschland eine selbstständige Arbeiterbewegung begann und infolge der Lassalle'schen Agitation die allgemeine Diskussion der „sozialen Frage“ erzwungen worden war, da war die erste Schanze, hinter die sich die bürgerliche Gesellschaft und ihre Gelehrten zurückzogen, die Behauptung, daß so etwas Unsiem sei, daß es so etwas gar nicht gebe. Eine „soziale Frage“ wäre überhaupt nicht vorhanden, wäre widersinnig, die Welt wäre im richtigen Geleise. Reiche und Arme habe es immer gegeben; Noth zu leiden brauche aber niemand, der arbeiten wolle; durch Fleiß, Sparsamkeit und Geschäftstüchtigkeit könne jeder aus einer unselbständigen in eine selbständige Stellung aufrücken. Aus dem fleißigen und sparsamen landwirtschaftlichen Tagelöhner oder Knecht könne ein Bauer, aus dem tüchtigen Handwerksgehilfen ein ehrlicher Handwerksmeister oder gar ein Großunternehmer, aus dem unsichtigen und gemauerten Kommiss eine wohlgefesener Kaufherr werden. Nichts wäre natürlicher, als dieses Aufsteigen vom Lehrling zum Gehilfen und vom Gehilfen zum Meister. Wo solle da die soziale Frage stehen?

Natürlich war nun ein solcher Entwicklungsengang in der That lange Zeit gewesen. Zwar war es schon in der Blüthezeit des Kunsthandwerks nicht allen Gesellen möglich gewesen, Kunstmeister zu werden; zwar hatten hunderttausende von leibehigen Bauern absolut keine Aussicht, Herr eines freien Bauernhofs zu werden; aber immerhin war es bis zum Entstehen der kapitalistisch betriebenen Großindustrie bei weitem leichter, in die selbständigen Stellungen emporzusteigen, und für die damalige Zeit mochte eine Argumentation wie die obige leidlich erscheinen.

Die Entwicklung zur kapitalistischen Großindustrie machte aber diese Zustände nach und nach ein schmerzliches Ende. Es handelte sich jetzt nicht mehr allein und nicht mehr hauptsächlich um die erworbene Handwerksfähigkeit, sondern vor allen Dingen um den Besitz größerer Kapitalien zur Anschaffung von Fabriken, sich immer mehr vervollkommnender Maschinen, großer Mengen von Rohstoffen u. s. w. Diese Fabriken oder diese landwirtschaftlichen Güterkomplexe (denn in der Landwirtschaft zeigte sich eine ähnliche Entwicklung zur Massenproduktion) gehörten aber nur einem oder wenigen Unternehmern, während in jeder solchen Unternehmung hunderte oder tausende von Arbeitern beschäftigt waren, die absolut keine Aussicht hatten, sich ebenfalls zu der Klasse jener Unternehmer emporzuschwingen.

Anfangs, als die Arbeiterbewegung emporstammte, behauptete man dies ja noch, wie oben ausgeführt. Allmählig spitzten sich die Verhältnisse aber doch in einer Weise zu, daß es einfach lächerlich gewesen wäre, bei der alten Behauptung zu bleiben, jeder einzelne könne durch Fleiß und Sparsamkeit aus den unteren in die mittleren und oberen Klassen aufrücken. Es mußte zugegeben werden, daß die Millionen von Arbeitern, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, zeitweilig dazu verurtheilt sind, die Angehörten kapitalistischer Unternehmungen zu bleiben. Die „soziale Frage“ wurde jetzt modern.

Aber nicht lange, und man hatte auch schon einen neuen Trost herausgerechnet. Es sei ja wahr; die moderne Industrie habe das moderne Proletariat geschaffen, das zur ewigen Abhängigkeit verdammt sei. Aber ganz so schlimm, wie sie aussehe, sei die Sache ja nicht. Die kapitalistische Großindustrie habe neben dem Proletariat auch einen neuen Mittelstand geschaffen: die technisch gebildeten Betriebsbeamten, die „Meister“ in den Fabriken, das kaufmännische Bureaupersonal, die Inspektoren, Aufseher u. c. in der Landwirtschaft. Dieser neue Mittelstand sei der Ertrag für den mehr und mehr zusammenbrechenden, aus selbständigen Existenzen bestehenden alten Mittelstand. Der neue Mittelstand sei verhältnismäßig gut besoldet, meistens ebenso gut und besser, als das Einkommen kleinerer selbständiger Unternehmer ausmache. Dazu stehe er dem gesamten Proletariat offen. Es sei nicht weiter erforderlich wie Fleiß, Sparsamkeit, geschäftliche Tüchtigkeit, um sich aus einem schabigen Proletarier in einen behäbigen Mittelstandsmenschen zu verwandeln. Ein gesunder Mittelstand sei aber die Grundlage der Staaten, und die Großindustrie sei keineswegs so schlecht wie ihr Ruf; sie trage das Heilmittel für die durch sie geschaffenen Schäden in sich selbst.

Nun ist es ja wahr: es giebt solche in ihrem Einkommen und in der sonstigen sozialen Stellung über das Arbeiterproletariat emporragende Mittelschicht. Das ist ja gerade einer der Vorzüge des kapitalistischen Großbetriebes, daß er sich derartige Beamte leisten kann. Der kleine Handwerker ist auf sein bescheidenes Wissen und Können allein angewiesen. Der Kapitalist gebietet über die Gelehrsamkeit des Wissenschaftlers, das Können des Technikers, den Geschmack des Künstlers, die Geschäftstüchtigkeit des Handwerkers, die Geschäftserfahrenheit des Kaufmanns; er konzentriert alles das auf einen Punkt: und kein Wunder, daß er im Konkurrenzkampf der Sieger ist.

Ob die Lage dieses von der Großindustrie geschaffenen „neuen Mittelstandes“ wirklich überall befriedigend, ob die Zugehörigkeit dazu immer eine Quelle reiner Freuden ist, das möge heute unentschieden bleiben. Daß sich seine Angehörigen in vielen Fällen besser stellen, als ein halbverkrachter Handwerksmeister, ist anzunehmen; schon unwahrscheinlicher ist es, daß er,

was die Sicherheit der Position und die Höhe des Einkommens betrifft, in eine Reihe mit dem wohlfundirten selbständigen Mittelstand früherer Zeiten gestellt werden könne.

Ganz entschieden bestritten aber müssen wir, daß die Bildung dieses „neuen Mittelstandes“ irgend etwas beweist gegen die von unserer Partei bezüglich der sozialen Entwicklung gezogenen Schlussfolgerungen; daß man sagen könne: Was wollt ihr mit euren sozialistischen Ideen? Durch Aufsteigen in den neuen Mittelstand kann es auch heute schon jeder tüchtige Mensch zu etwas bringen. Das ist nicht wahr! Ein Bruchtheil kann solche Stellungen bekommen, für die große Masse bleiben sie unerreichbar. Nicht, weil die Masse zu dumm oder zu liederlich zur Verwaltung solcher Stellungen wäre, sondern weil auf eine mehr oder weniger große Anzahl gewöhnlicher Arbeiter immer erst eine von diesen Stellungen kommt.

Damit soll natürlich nicht bestritten werden, daß sich die Zahl dieser technisch gebildeten Betriebsbeamten, des Büroschreibens, des Werkmeisters, Aufseher u. c., des kaufmännisch gebildeten Verwaltungs- und Bureaupersonals eben infolge der stetigen Weiterentwicklung der Großindustrie vermehrt — wogegen die Zahl der selbständigen Betriebsunternehmer relativ zurückgeht. Nach der Berufszählung vom Jahre 1882 waren in Industrie und Handwerk die sozialen Klassen folgendermaßen vertheilt: Auf je 1000 kamen Selbständige 344, höheres Personal 15, Arbeiter 641. Dreizehn Jahre später, im Jahre 1895, war die Vertheilung folgende: Selbständige 249, höheres Personal 32, Arbeiter 719. Man sieht in diesen Zahlen die verhältnismäßige Zunahme der Arbeiterzahl und die Verringerung jenes „neuen Mittelstandes“; aber man sieht auch, wie verschwindend geringfügig die Zahl dieser höheren Stellen gegenüber der Arbeiterzahl ist. Diese Geringfügigkeit zeigen auch die folgenden absoluten Zahlen. 1895 gab es in der Landwirtschaft 5 238 000 Arbeiter, 2 569 000 Selbständige und nur 96 000 höheres Personal. In der Industrie gab es 5 901 000 Arbeiter, 1 774 000 Selbständige und 264 000 höheres Personal. Im Handel lauten die Zahlen: 1 233 000 niederes Personal, 843 000 Selbständige und 262 000 höheres Personal, — in welcher letzteren den „Mittelstand“ repräsentirenden Zahl auch sämtliche junge Kaufleute mit 40 M. Monatsgehalt zu suchen sind. Landwirtschaft, Industrie und Handel zusammengefaßt, so lauten die Gesamtzahlen: Arbeiter 12 817 000, Selbständige 5 474 000, höheres Personal 622 000.

Es mag etwas sehr Schönes sein, um den Mittelstand. Hertner schreibt in seinem Buch über die Arbeiterfrage folgendes:

„Weitand die erfreulichsten Tage weisen diejenigen Perioden in der Völkergeschichte aus, in denen ein breiter Mittelstand vorhanden war. Es sind die sogenannten organisatorischen, positiven, aufbauenden Epochen in der Geschichte der Menschheit. Da zeigt sich eine glückliche Vereinigung von Arbeit und Genuß, von Rechten und Pflichten, ein offener Blick für den gesunden Fortschritt; da finden wir eine lebhafteste und allgemeine Theilnahme an öffentlichen Dingen, eine hohe Blüthe der im Dienste der öffentlichen und privaten Körperlichkeiten wirkenden Kunst. Das ist der Boden für die wahre politische Freiheit, für eine tüchtige Selbstverwaltung. Die Volkswirtschaft gedeiht und blüht. Produktion und Konsumtion halten einander das Gleichgewicht.“

Das ist gewiß sehr schön zu lesen. Aber niemand wird den beinahe 13 Millionen Arbeitern weis machen können, daß sie bei Fleiß und Tüchtigkeit sämtlich Angehörige jenes Mittelstandes werden können, sündemalen nach der Statistik auf 20 Arbeiter immer erst einer jener jungen Kaufleute, Vorarbeiter oder Techniker entfällt.

Und die Moral? Eine gesunde Sozialpolitik muß die Lage der Arbeitermassen zu bessern suchen, darf sich aber nicht dabei beruhigen, daß ja für einen Bruchtheil die Möglichkeit gegeben ist, einmal in den neuen Mittelstand einzurücken.

Politische Ueberblick.

Berlin, 14. April.

Die Parlamente haben ihre Arbeiten eingestellt, osterliche Stille herrscht überall. Der deutsche Reichstag, das preussische Abgeordnetenhaus, der österreichische Reichsrath und die belgischen Kammern treten erst am 27. April zusammen. Noch längere Ferien hat die französische Nationalversammlung und das englische Parlament. Auch die italienische Deputirtenkammer hat sich heute verjagt.

„Der Krieg mit beschränkter Gastpflicht“ wie der „Temp“ den griechischen Freischarenkrieg nennt, dauert lustig und munter neben der „friedlichen Blockade“ fort, und kein Mensch kann absehen, wie lange diese und jener noch dauern kann — vernünftlich so lange als die griechischen und türkischen Finanzen es aushalten. Das „europäische Konzert“ tagenmäßig dabei vergnügt weiter. Uebrigens gebührt der Diplomatie von heute nicht einmal der Ruhm, „den Krieg mit beschränkter Gastpflicht“ und die friedliche Blockade erfunden zu haben. Die Erfindung jenes politischen Theaterstücks ist uralt; in ihrer modernen Form tauchte sie zu Anfang dieses Jahrhunderts auf, und wurde von den Russen wiederholt — ja man kann sagen regelmäßig — zur Einfädelung von Türkenkriegen benutzt. Und die „friedliche Blockade“ stammt aus den griechischen sogenannten Freiheitskriegen der 20er Jahre; sie wurde 1827 von dem damaligen „vereinigten Europa“ angewandt und führte 1827 zur Vernichtung der türkischen

Flotte bei Navarino, welche, für England geradezu selbstmörderische Schlacht von einem englischen Minister sehr milde ein „untoward event“ — „ein unerwünschtes, ungelegenes Ereigniß“ genannt wurde.

Man sieht, es ist nicht das erste Mal, daß das „vereinigte Europa“ sich blamirt hat. So gründlich wie jetzt, aber sicher noch niemals.

Ueber die Lage im Orient liegen heute u. a. die folgenden Nachrichten vor:

Konstantinopel, 14. April. In türkischen Militär- und Zivilkreisen herrscht große Verstimmung über die Zurücknahme des dem Kommandirenden Edhem Pascha erteilten Befehls zum Vormarsch. Nach Meldungen des kaiserlichen Adjutanten im Hauptquartier herrscht große Verstimmung auch unter den Grenztruppen, die erbittert seien, daß die griechische Herausforderung nicht sofort mit entschiedenem Vorgehen beantwortet wurde. Ein gestern im Hilbis-Hotel abgehaltenen außerordentlichen Ministerrath schloß nach Aussage des Ministers des Neuheern ohne Beschlußfassung. Anderen Informationen zufolge hat sich der Ministerrath im Prinzip für die Kriegserklärung ausgesprochen.

Konstantinopel, 14. April. Während im Kriegsministerium versichert wird, daß wiederholte Angriffe griechischer Freischaren im Verein mit griechischen Truppen an verschiedenen Punkten der thessalischen Grenze erfolgt seien und die Griechen überall mit starken Verlusten an Menschen und Geschützen zurückgeworfen worden seien, versichert heute der Minister des Neuheern offiziell, ohne die Beschuldigung der Theilnahme gegen griechische Truppen zu erheben, daß wiederholte griechische Angriffe nur bei Krania stattgefunden hätten. Auf der griechischen Gesandtschaft befreitet man auf das entschiedenste die Theilnahme griechischer Truppen an den Angriffen und wird auch der Fortsetzung eine dahingehende Erklärung abgeben. Die von der Türkei erhobene Beschuldigung der Theilnahme griechischer Truppen wird damit erklärt, daß wahrscheinlich ein türkischer Offizier die mit der Fustanella bekleideten Freischaren mit den Egozen verwechselt habe. Den heute erschienenen Blättern ist die Veröffentlichung aller Depeschen aus Elassona untersagt worden.

Athen, 13. April. („Times.“) Der griechische Staatschef ist nahezu erschöpft; die einzige Hilfsquelle bilde eine innere Anleihe, welche wahrscheinlich bei der herrschenden Begeisterung voll gezeichnet werde.

Trifkala, 14. April. Die makedonischen Banden sind bis auf einen verhältnismäßig kleinen Theil auf griechisches Gebiet zurückgekehrt. Die Insurgenten befinden sich gegenwärtig an der Grenze bei Kuchuphian.

Athen, 14. April. Von der Grenze wird gemeldet, daß der größte Theil der irregulären Banden, welche auf türkisches Gebiet eingedrungen sind, wieder auf griechischen Boden zurückgekehrt sind. — Der „Athenischen Zeitung“ wird über London von mit den Verhältnissen an der griechischen Grenze engvertrauten Kreisen, die im Besitze vertraulicher Nachrichten sind, bestätigt, daß der Ausbruch des Krieges unmittelbar bevorsteht. Es handele sich darum, die Türken derart zu reizen, daß sie den ersten Streich thun. Der erste griechische Vorstoß wäre dann von der epirotischen Seite bei Aeta zu erwarten.

Deutsches Reich.

— Ueber den Tod des Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin wurde eine übliche harmlose offizielle Darstellung gegeben, die in schroffem Widerspruch mit einer französischen halbamtlichen Darstellung stand. Nun scheint die Wahrheit an den Tag zu kommen. Eine deutsche, loyal gehaltene Pariser Zeitungskorrespondenz schreibt:

Aus Cannes wird gerüchweise gemeldet, daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin keines natürlichen Todes gestorben sei. Er soll in einem Anfall von Fieberwahn seine Villa in einem unbewachten Augenblick verlassen und sich von einer Wäde in der Nähe herabgestürzt haben. Kurz darauf wurde der Großherzog am Boden liegend aufgefunden und nach seiner Villa zurückgebracht, wo er eine halbe Stunde später verstarb.

Nun konnte auch das mecklenburgische Staatsministerium nicht mehr schweigen. Es giebt den amtlichen Bericht über das Ableben des Großherzogs bekannt. In demselben heißt es: Am 10. April war im Laufe des Tages die Herzschwäche in solchem Grade gestiegen, daß die Aerzte mit Bestimmtheit erwarteten, der Patient werde die Nacht kaum überleben. Der Patient, welcher viel durch Unruhe gelitten hatte, fühlte abends 7 1/2 Uhr Ruhebedürfnis und wünschte, wie in solchem Fall regelmäßig, allein gelassen zu werden. Der Großherzog suchte Schlaf, im Döhlstuhl sitzend. Der Arzt und die Diener zogen sich zurück, lauschten aber im Gange auf den Athem des Patienten, der deutlich zuerst als Bekommen, dann ruhiger hörbar war. Als nach einiger Zeit der Athem nicht mehr vernommen wurde, trat der Arzt, das Ende befürchtend, in das Zimmer und fand dasselbe leer. Zugleich brachte ein Diener die Meldung, daß der Großherzog auf dem Wege vor der Villa liegend gefunden worden sei; kurz darauf wurde der Großherzog in schwer verletztem Zustande herbeigetragen. Der Großherzog hatte augenscheinlich, wie er öfter bei seiner juchzenden Athemnoth zu thun pflegte, freie Luft gesucht, war so in sehr geschwächtem Zustande in den Garten getaumelt und ist über die nur wenige Schritte von der Thür entfernte niedrige Umfassungsmauer auf die in bedeutender Tiefe darunter führende Straße gestürzt. Dort fanden ihn die Frau des Gärtners und der Kammerdiener Gaggion. Als er ins Zimmer gebracht war, konstatarirten die Aerzte eine Verletzung des Rückgrats. Inzwischen waren die Angehörigen an das Lager des Großherzogs geeilt. Nach einer Stunde verschied er.

Ob dies die ganze Wahrheit ist? —
 — Regenten in Deutschland. Nachdem nunmehr auch in Mecklenburg-Schwerin ein Regent die Regierung übernommen hat, giebt es in Deutschland nicht weniger als vier Staaten, in denen die Befugnisse der Landesherren von Regenten ausgeübt werden. In Bayern und im Fürstenthum Lippe sind die zur Regierung Berufenen durch unheilbare Krank-

heit verhindert, ihre Pflichten zu erfüllen. Im Herzogthum Braunschweig führt auf Grund eines wenige Jahre vor dem Tode des letzten Herzogs zu stande gekommenen Beschlusses Prinz Albrecht von Preußen die Regentenschaft. In Mecklenburg-Schwerin endlich ist der durch den Tod des Großherzogs Friedrich Franz zur Regierung berufene gleichnamige Sohn noch minderjährig, sodass sein Oheim, der Herzog Johann Albrecht, die Regentenschaft übernehmen musste.

Das Zustandekommen der Militärstrafprozess-Reform soll, wie die „Magdeb. Ztg.“ auf Grund angeblich zuverlässiger Mittheilungen meldet, im Bundesrath gesichert sein, so daß die Vorlage nach den Osterferien dem Reichstag ganz bestimmt noch zugehen wird.

Den nothleidenden Agraariern fängt es langsam an, wieder besser zu gehen. Die „Statistische Korrespondenz“ versendet eine Zusammenstellung über die Einkommen von 3000 W. und darüber im Jahr 1896/97. Daraus geht hervor, daß sich solche Einkommen im letzten Jahre auch auf dem Lande in erfreulichem Wachsthum befinden. So hatten z. B. die über 3000 W. Einkommen verstehenden Landbewohner Ostpreußens 1896 ein Gesamteinkommen von 21 120 000 M., 1896 ein solches von 22 180 000 M. In Westpreußen liegt das bezugsweise Gesamteinkommen von 15 910 000 auf 16 280 000 M., im Regierungsbezirk Potsdam, zu dem allerdings die Berliner Vororte gehören, von 68 350 000 M. auf 73 680 000 M., in Schlesien von 94 860 000 M. auf 98 360 000 M., in Hannover von 50 540 000 M. auf 51 800 000 M., in Westfalen von 52 420 000 M. auf 54 730 000 M., im Rheinland von 86 130 000 M. auf 88 540 000 M. Im ganzen preussischen Staat hatten die mindestens 3000 M. versteuernden Stadtbewohner 1895 ein Gesamteinkommen von 2 226 610 000 M., 1896 von 2 308 120 000 M.; die entsprechenden Bewohner des Landes hatten 1895 ein Gesamteinkommen von 574 380 000 M., 1896 ein solches von 581 180 000 M. — Diejenigen unter den Bewohnern des Landes, die über 3000 M. Einkommen versteuern, hatten also im letzten Steuerjahr ein um beinahe sieben Millionen Mark vergrößertes Gesamteinkommen. Das ist doch schon ganz nett! Diese Vergrößerung des Einkommens wird wohl ebenso sehr den der nothleidenden Landwirtschaft zugeschanzten Liebesgaben zu verdanken sein, wie dem allgemeinen Aufschwung der wirtschaftlichen Verhältnisse. — Ob sich bei diesen Anlässen auch die Arbeiter-Einkommen auf dem Lande entsprechend erhöht haben, wagen wir freilich billig zu bezweifeln.

Ernst Mathias v. Köller. Die Elsaß-Lothringische Volkspartei schreibt: „Nachdem längere Zeit hindurch der ehemalige Unterstaatssekretär Ernst Mathias v. Köller als Kandidat für jedes erledigte Oberpräsidium genannt worden war, ist es jetzt mit den Nachrichten über seine Ernennung auf einmal ganz still geworden. In eingeweihten Kreisen nimmt man an, daß an hoher Stelle allerlei bekannt geworden ist von sehr zwanglosen Neußerungen — auch über „hohe“, „höchste“ und selbst „allerhöchste“ Stellen — die Herr von Köller in Straßburg gethan, wo er sich anlässlich einer Erkrankung seiner Gemahlin kürzlich einige Zeit aufgehalten hatte. Herr v. Köller nahm im vertraulichen Gespräch niemals ein Wort von den Mund und sprach de mille rebus et quibusdam aliis (von 1000 Dingen und einigen anderen) nicht mit einem den Hörer oft verblüffenden Freimuth. Freilich wußte man niemals, ob er einem, wie Bismarck von Mantuffel zu sagen pflegte, seine „wirklichen Eingeweide“ zeigte, oder zu diesem Zweck künstlich präparierte. Das hat er auch neulich wieder in Straßburg. Aber so was bleibt hier nicht dicht, und so dürfte manches nach Berlin gelangt sein und dort „oben“ recht seltsam berührt haben. Vielleicht hat auch in Berlin etwas von gewissen Privatverhältnissen verlautet, über welche der ehemalige Chef des literarischen Bureau's im Ministerium, jetzt königlich preussischer Landrath in Wilsch, Provinz Posen, Graf Wartenleben, sowie die Gemahlin des ehemaligen Landgerichtsraths, jetziger Regierungsrath von Witten in Hannover genauer auftragen könnten. Die Vorgänge spielten theils in Straßburg, theils in Hohwald, wo die Herren von Alten und von Köller Landhäuser hatten. Es mag sein, daß Herr von Köller's Ernennung trotzdem erfolgt, eine gewisse Verzögerung aber hat sie jedenfalls erfahren, und von der Art, in welcher man diese Dinge „oben“ aufpaßt, dürfte es wohl abhängen, wie sich die Zukunft entwickelt.

Rakenjammer. Der regierungsfremde „Gamb. Corr.“ schreibt:

Bei den allgemeinen Wahlen von 1893 trat eine Verstärkung des deutschnationalen Gesinns mit dem ersten jugendkräftigen Auftreten der agrarischen Bewegung zusammen. Zur Zeit ist die nationale Strömung aus verschiedenen Gründen verflaut, die agrarische im Rückgange begriffen. Das sind, so weit aus einer Nachwahl überhaupt Schlüsse zu ziehen sind, die Thatsachen, die sich aus der Wahl von Lorgau-Liebenwerda ergeben.

Zur Nachwahl in Biesbaden II wird gemeldet, daß die freisinnige Vereinigung sich wieder auf die Kandidatensuche begeben muß, der in Aussicht genommene Landrichter Dove hat die Kandidatur abgelehnt.

Ueber idyllische Zustände im Kreise Angerburg berichtet das „Berliner Tageblatt“: Im Kreisstage wurde von mehreren Rednern behauptet, daß Erklärungen des Landraths Dr. Beckmann mit den Thatsachen nicht im Einklange ständen. Es entstand darauf ein heftiger Zeitungskrieg im „Boten am Mauersee“. Rechtsanwalt Stein in Angerburg machte, um nicht durch Schweigen in den Verdacht zu geraten, daß er früher die Unwahrheit gesagt habe, in dem „Boten am Mauersee“ vom 4. März bekannt, daß ihm in seiner Eigenschaft als Beigeordneter vom Regierungs-Präsidenten Jengel in Gumbinnen unter dem 25. Februar unterjagt worden sei, in öffentlichen Blättern den Konflikt mit dem Landrath zu erörtern, selbst wenn dieser eine thatsächliche Verichtigung zu den Behauptungen Stein's veröffentlichen. Wie und nimmer geschwieben wird, ist Rechtsanwalt Stein vom Regierungs-Präsidenten für die Veröffentlichung dieser Verfügung in eine Geldstrafe von 60 M. genommen worden.

Kachen, 14. April. (Frankf. Ztg.) Die Stadt genehmigte im Prinzip das Projekt der Eisenbahnhöfche, wonach mit 7 1/2 Mill. Mark Kosten die Kacher Eisenbahnverhältnisse umgestaltet und die beiden Hauptbahnhöfe neu gebaut werden sollen.

Erschossen. Ein in der Presse kaum noch erwähnter tragischer Vorfall soll, wenn der „Oldenburger General-Anzeiger“ gut unterrichtet ist, unlängst in der Nähe der Station Oberhausen sich zugetragen haben. Ein Artillerist von der Marine, welcher nach Köln verbracht werden sollte, entsprang dort, als der Eisenbahnzug bei einer Haltestelle hielt, obwohl er von einem Geheizen und einem Obermaat überwacht wurde. Der erstere eilte dem Ausreißer nach, der Obermaat aber rief demselben dreimal „Halt“ zu. Als der Flüchtling diesen Ruf nicht beachtete, sondern seine Flucht fortsetzte, gab der Obermaat einen Schuß auf ihn ab, welcher jedoch den verfolgenden Geheizen traf, der todt zu Boden stürzte. Indessen traf die Kugel auch den Flüchtling am Fuße, so daß er die Flucht aufgeben mußte.

Schwarzburg-Sonderhausen ist auch der thüringisch-sachsischen Votterie beigetreten.

München, 13. April. (Sig. Ber.) Der Finanzminister beabsichtigt, dem Landtage eine Vorlage über die Bodenzinsfrage zu unterbreiten, die darauf abzielt, Mittel und Wege zu suchen, um eine stark beschleunigte und erleichterte Tilgung der Bodenzins herbeizuführen.

Auf Grund einer Denunziation der „Donau-Zeitung“, des Organs des Abgeordneten Dr. Fischer in Passau, hat der hiesige Magistrat beschloffen, gegen den Bauernbundesführer Dr. Reiter einen Antrag auf Strafverfolgung wegen Verübung von Verbrechen zu stellen. Der Magistrat von Strauberg dagegen hat, wie von dort gemeldet wird, von einer solchen Klagestellung Abstand genommen.

Landshut, 14. April. Als Termin für die Abhaltung der diesjährigen Generalversammlung der Katholiken Deutschlands sind nunmehr die Tage des 31. August bis 4. September festgesetzt worden.

Kuß Baden. In der Kreisversammlung zu Lörrach theilte der Berichterstatter für das Landarmenwesen, Stadtpfarrer Döhrer, mit, daß vom 1. April 1897 ab ein Uebereinkommen zwischen Elsaß-Lothringen und Baden über die Armenunterstützung in Kraft getreten ist. Fortan werden die unterstützungsbedürftigen Badener auch in den Reichslanden und die unterstützungsbedürftigen Reichsländer in Baden unterstützt, sofern sie 3 Jahre im Lande wohnen. Die Einzelheiten dieses Uebereinkommens seien auf Wunsch der reichsländischen Regierung weder in den Gesetzsblättern noch in der Presse bekannt gemacht worden.

Schweiz.

Bern, 14. April. In einer Nachtragsbotschaft über die Beschaffung des Geldmittels für die Kranken- und Unfallversicherung erklärt der Bundesrath, er bedürfe für die Leistung der Bundesbeiträge keiner neuen Einnahmequelle, wie z. B. des Tabakmonopols; die Mittel des ordentlichen Jahresbudgets des Bundes reichten hierfür aus.

Bern, 13. April. (Sig. Ber.) Der bundesrätliche Gesetzentwurf betreffend die Eisenbahnverstaatlichung umfaßt 48 Artikel. Zur Rücksicht für die Bahnerwerbungs-Politik sagt der erste Artikel: „Der Bund wird diejenigen schweizerischen Eisenbahnen, welche wegen ihrer volkswirtschaftlichen oder militärischen Bedeutung den Interessen der Eidgenossenschaft oder eines größeren Theiles derselben dienen und deren Erwerb ohne unverhältnismäßige Opfer erreichbar ist, für sich erwerben und unter dem Namen „Schweizerische Bundesbahnen“ für seine Rechnung betreiben. Mit einer Eisenbahn können auch Nebengeschäfte, die mit dem Bahnbetriebe in engem Zusammenhange stehen, erworben werden.“ Der Erwerb der Eisenbahnen findet auf dem Wege des Rückkaufs gemäß den Bestimmungen der Bundesgesetzgebung und der Koncessionen statt und es hat der Bundesrath auf dieser Grundlage den Rückkauf auf den nächsten Rückkaufstermin anzumelden gegenüber den im Zeitpunkte des Inkrafttretens dieses Gesetzes im Betriebe stehenden Bahnlinien: Jura-Simplonbahn, Zentralbahn, Nordostbahn, Wohlens-Bremgarten, Vereinigte Schweizerbahnen und Gotthardbahn. Wenn der einheitliche Rückkauf der gesamten Nordostbahn auf Grund der für ihr Stannumg gültigen Bestimmungen nicht erreichbar ist, so kann der Bundesrath die unter besonderen Koncessionen stehenden Linien von der Rückkaufserklärung ausnehmen, falls deren Erwerb nur mit unverhältnismäßigen Opfern möglich und deren Besitz nicht zum rationellen Betrieb der Bundesbahnen unentbehrlich ist. Mit Zustimmung der Bundesversammlung kann der Bundesrath die genannten Bahnen auch freiwillig zurückkaufen, und zwar unter Festhaltung der oben angegebenen Grundregeln. Das Kapital zum Erwerb und Betrieb der Bahnen wird durch Ausgabe von Obligationen oder Rententiteln aufgebracht. Der über die Vergütung und Amortisation der Eisenbahnschuld hinausgehende Ueberschuss muß ausschließlich im Interesse der Bundesbahnen und zwar für Ausgleichung der Jahreserträge, sowie für Hebung und Erleichterung des Verkehrs verwendet werden. Die Oberleitung der Verwaltung obliegt der Bundesversammlung und dem Bundesrath. In den aus 72 Mitgliedern bestehenden Eisenbahnrath ist auf je 50 000 Einwohner ein Vertreter zu wählen; die Wahlart ist den Kantonen überlassen. Seine Amtsdauer beträgt drei Jahre und fällt mit derjenigen der Bundesbehörden zusammen. Er wählt in den Verwaltungsrath 11 Mitglieder, ebenso viele die Bundesversammlung und 17 der Bundesrath. Im übrigen ist der Eisenbahnrath nur eine beratende Behörde, die sich regelmäßig alle Jahre zweimal zu versammeln hat. Die Mitglieder erhalten Tage- und Reisegebühren. Das Bundesbahngesetz wird in drei Kreise eingetheilt: Jürich, Luzern und Lausanne mit dem Hauptstamm der Verwaltung in Bern. Neben dem Verwaltungsrath und der Generaldirektion fungiren die Kreisdirektionen als weitere Organe. Die Besoldungen der Direktoren, Beamten und Angestellten werden durch ein besonderes Bundesgesetz festgesetzt. Dieselben dürfen nur Schweizer Bürger sein und betragen ihre Amtsdauer drei Jahre. Für die Beamten und Angestellten wird eine Pensions- und Hilfskasse errichtet, in welche die erforderlichen Einlagen je zur Hälfte von den Mitgliedern und der Eisenbahnbetriebsklasse gemacht werden.

Ein hochinteressantes, mit viel Fleiß, Sachkenntnis und Scharfsinn ausgearbeitetes Attestat ist die dem Gesetzentwurf beigegebene Begründung von 250 Druckseiten. Der geschichtliche Ueberblick über den Anfang und die Entwicklung der schweizerischen Eisenbahnen, in dem auch eines Gutachtens von Stephenson über den Bau einer Alpenbahn erwähnt wird, zeigt, wie es kam, daß der Bau und Betrieb der Eisenbahnen dem Privatkapital überlassen wurde. Die sehr neue Sache schien riskant zu sein und hatte der 1848 neugegründete Bund wenig Macht und Festigkeit, aber auch wenige Mittel, nur 300 000 Fr. für außerordentliche Zwecke per Jahr, während die aufgestellten Rentabilitätsberechnungen immer nur zu einem Defizit gelangten. So verzichtete der Bund darauf und überließ die Eisenbahnen dem Privatkapital. Die erste Bahnstrecke war die zwischen Jürich und Baden, welche am 9. August 1847 eröffnet worden. Ende 1895 waren 3576 Kilometer Bahnlängen in Betrieb, wovon 2949 Kilometer auf die Normalbahnen entfallen. In anschaulicher und überzeugender Weise wird die jetzige Verfahrtheit und der dadurch bewirkte unrationelle Betrieb der zahlreichen Verwaltungen der Privatbahnen sowie die Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit des durch die Verstaatlichung möglichen einheitlichen Betriebes dargestellt. Bezüglich der 21 209 Beamten und Angestellten der fünf Hauptbahnen wird bemerkt, daß davon gegenwärtig mehr als die Hälfte zu den sogenannten Arbeitern mit 8 bis 14 tägiger Kündigung gehört, während der Bund die meisten derselben in den festen Beamtenstand überführen wird. Von den jetzt verschiedenartigen Personen- und Gütertarifen werden die jetzt geltenden niedrigen Sätze zur allgemeinen Geltung gelangen; für den Personenverkehr allein wird dies einen Anstieg der Jahreseinnahmen von 3 078 662 Fr. = 8,65 pCt. ausmachen, aber durch die voraussichtliche Steigerung des Verkehrs bald wieder eingeleitet werden. Beim Güterverkehr wird das gleiche Vorgehen einen Verlust von 1 628 401 Fr. = 3,34 pCt. zur Folge haben, aber ebenfalls einen Ausgleich durch die Vermehrung erfahren.

Von besonderem Interesse ist die tabellarische Darstellung der in- und ausländischen Aktionäre und ihres Aktienbesitzes bei den fünf Hauptbahnen:

	Jura-Simplonbahn	Nordostbahn	Zentralbahn	Vereinigte Schweizerbahnen	Gotthardbahn
Zahl d. Aktionäre	1 320	509	389	511	226
Davon i. d. Schweiz	1 154	387	243	444	124
Aktienbesitz	147 844	81 427	14 050	20 818	1 847
Davon im Ausland	166	121	66	67	102
Aktienbesitz	88 228	87 100	20 414	8 082	26 347

Es betreffen diese Zahlen allerdings nur die nach dem Stimmrechtgesetz für Aktionäre erfolgten Eintragungen, die bloß einen Theil der Aktionäre und Aktien ausmachen. Die Gesamtzahl der eingetragenen Aktien beträgt nur 340 655 gegen 789 600 ausgegebene Aktien. Aber von den eingetragenen Aktien entfällt mehr als ein Drittel auf das Ausland und von den eingetragenen Aktionären ein Fünftel. Bei den Nordost-, Zentral- und Gotthard-Bahnen überwiegt bei weitem der ausländische über den inländischen Aktienbesitz und daher auch in der Generalversammlung die Vertretung der aus- über die inländischen Aktionäre und Stimmen. In der Volksschaft bezeichnet es der Bundesrath als beschämend für die Schweiz, daß sich der große Theil der Eigentümer ihrer Haupt-Verkehrsstraßen im Auslande befindet. Es sind das ungesunde Zustände, denen ein starkes Staatswesen baldmöglichst ein Ende machen müsse.

Schließlich wird auch noch eine Rentabilitätsrechnung aufgestellt. Bei 970 Millionen Franks Kaufsumme wird der durchschnittliche Reinertrag pro Jahr auf 42,4 Millionen berechnet und der Ueberschuss über die auf 60 Jahre vorgesehene Amortisation und bei 4 pCt. Verzinsung auf 50 425 Fr., bei 3 1/2 pCt. auf 2 108 082 Fr. und bei 3 pCt. auf 4 437 090 Fr. Ohne Amortisation beträgt der Ueberschuss bei 4 pCt. Zins 3 590 089, bei 3 1/2 pCt. 6 654 631 und bei 3 pCt. 10 230 088 Fr.

Am Schluß der Botschaft ersucht der Bundesrath die Bundesversammlung um dringende Erledigung der Vorlage, bis Ende September dieses Jahres, da drei Monate Referendumsfrist offen zu lassen sind und die erste Konzeptionsmäßige Kündigung einer Linie der Nordostbahn bereits vor dem 26. Februar 1898, die übrigen Kündigungen aber vor dem 1. Mai 1898 erfolgen müssen.

Die projektirte Eisenbahn-Verstaatlichung ist die bedeutendste Aktion, welche der Schweizerbund seit seinem Bestehen unternimmt. Die Begründung des Schrittes ist eine ausreichende und muster-gültig; möge nun im entscheidenden Augenblicke auch das Schweizer-volk auf der Höhe der Aufgabe stehen.

St. Gallen, 13. April. (Sig. Ber.) Die am Sonntag stattgefundenen Kantonsrats-Wahlen haben wenige Veränderungen gebracht. In der Stadt St. Gallen wurde der von allen drei Parteien unterstützte Sozialdemokrat Zeichner Oswald mit 3973 bei 9930 höchster Stimmenzahl gewählt, in Toblat Fürsprech Heinrich Scherrer Nibergewählt, während der bisherige demokratische Vertreter Kellenberger mit dem Ultramontanen Brunner, dem schloßelsten Handlanger des Eisenbahnkönigs Super-Zeller in Zürich, in Stichwahl kommt. Genosse Paul Brandt unterlag leider in Ujial, doch haben mit seiner Kandidatur die dortigen Arbeiter wenigstens ihren Anspruch auf eine sozialdemokratische Vertretung angemeldet, die sie vielleicht bei einem zweiten Anlaufe auch erringen werden. Insgesamt sind gewählt 86 Liberale, 68 Ultramontane und 8 Sozialisten und Demokraten. Die Liberalen hatten auch bisher schon die Mehrheit im Kantonsrath. Die große Zahl der Arbeiter im Kanton St. Gallen läuft leider immer noch den bürgerlichen Parteien nach.

Frankreich.

Paris, 14. April. Der frühere Abgeordnete Planteau erklärte, Klion habe ihm 1888 das Anerbieten gemacht, gegen eine Summe Geldes günstig für die Panama-Aktien zu stimmen. Der Abgeordnete habe indessen erklärt, er werde dies ohne zu thun, worauf Klion das Geld für sich behielt.

Italien.

Zwischen Crispi und der „Vossischen Zeitung“ besteht seit Jahren ein inniger Freundschaftsbund — so innig, daß er die politischen Psychologen schon wiederholt beschäftigt hat. Aber warum sollen die Vossischen Erben nicht das Recht haben, von Freundschaft zu erlösen für wen sie wollen? Des Menschen Herz ist ein unergründliches Ding, noch unergründlicher als manches Mannes Portemonnaie. Genug, Tante Voh!, die in guten und schlechten Zeiten treu zu ihrem Crispi gehalten, sprach seit Monaten, daß Best seit der Prozeß der Neapolitaner Bank begann, plötzlich kein Wort mehr von ihrem Liebling. Dieser räthselhafte Schweigen hat bis zum heutigen Tag gedauert, wo sie ihren Lesern, die von dem ganzen Prozeß keine Ahnung hatten, die überraschende Mittheilung macht, der edle Crispi habe durch Verzögerung einer Quittung den Beweis erbracht, daß er in Bezug auf alle Anklagen, die von Vohstagen, an Werth nicht mit ihm zu vergleichenden Feinden gegen ihn erhoben werden, unschuldig sei, wie ein neugeborenes Kind. Rührende Freundschaftsbegeisterung der Tante Voh! Leider beweist die famose Quittung gar nichts; und sie hat den italienischen Staatsanwalt nicht verhindert, die Auslieferung Crispi's von der Kammer nun doch zu fordern. Die Freude der armen Tante war also nur von kurzer Dauer.

Uebrigens ist Crispi noch nicht im Zuchthaus. Er ist ein gar großer Dieb. Und für diese ist in der Regel das Zuchthaus so wenig, wie nach dem Sprichwort der — jetzt abgeschaffte — Galgen.

Dänemark.

Der Finanzkonflikt. Es fand eine Sitzung statt, in welcher dem Ministerium die Vermittlungsvorschläge des Parlaments unterbreitet wurden. Die Parlamentsmehrheit bietet statt 200 000 Kr. 35 000 Kr., und wünscht außerdem die Einsetzung einer Kommission, die das gesammte Kopenhagener Befestigungswesen in Betrachtung nehmen soll und so den alljährlichen Finanzkonflikten vorbeugen. Der Ministerpräsident Weech Thott erklärte, daß er mindestens 75 000 Kr. verlangen möchte, um die Militärverhältnisse in Betrieb erhalten zu können. Die Einsetzung einer Festungskommission wäre ihm sympathisch, er möchte aber noch mit dem Vorkonferenzminister Rücksprache nehmen.

Die Einsetzung dieser Kommission, die sicher zu Stande kommen wird, soll vornehmlich wohl den abermaligen Umfall der „Moderaten“ (Gemäßigten) bewähren; so dürfte der „Konflikt“ daher seinem Ende entgegengehen. Es geht doch nichts über eine prinzipielle Opposition.

Asien.

Hokkaido, 14. April. Der japanische Kreuzer „Raniva“ wird am Sonntag in See gehen, um die Japaner auf Hawaii zu beschützen.

Afrika.

Schwierigkeiten in Algier. Aus Oran wird telegraphirt: Infolge wiederholter Einbrüche von Räuberbanden sind zwei Schwadronen berittener Jäger an die Grenze von Marokko entsandt worden.

Die „Leipziger Volks-Zeitung“ antwortet auf meine vorgestrige Erklärung, ich hätte es „peinlich vermerkt“, auf die Bitte einzugehen. Ja, warum hätte ich denn auf sie eingehen sollen? Sie widerlegen ja nichts, was ich gesagt habe, und könnten, wenn kritischer Ballast für meinen Artikel paste, diesem, ohne ein Wort zu ändern, vollständig eingestigt werden.

Der Rest ist durch den Bruderhymn der „Kreuz-Zeitung“ und ähnlicher national-sozialer Brüder erledigt.

Zum Schluß und Abschluß muß ich, um nicht den Schein bösslichen Verwehrens an mich zu laßen, noch mittheilen, was ich vorgestern vermaß, nämlich daß der fälschlich-patriotische Exkurs der „Leipziger Volkszeitung“ unterzeichnet ist: Bruno Schoenlant. Berlin, 14. April 1897. W. Liebknecht.

Partei-Nachrichten.

Eine Parteiverammlung für den 10. sächsischen Reichstags-Wahlkreis, die in Döbeln abgehalten wurde, beschloß die Theilnahme an der Landtagswahl, beziehentlich das Festhalten an dem betreffenden Beschlusse der vorjährigen Landeskonferenz.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

Der Redakteur des „Sozialistischen Studenten“, Genosse Verthold Hermann, hat wegen der ersten Nummer dieses Blattes bereits zwei Anklagen erhalten. Durch das Ueberschreiten der 130 des Strafgesetzbuchs verstoßen sein und in dem Artikel „Aus den Reichslanden“ hat man eine Beleidigung der elsass-lothringischen Schulpfule, Posthalterbeamten und Landesdirektoren entdeckt. Ob an der Spree oder an der Rewa, die freiere Richtung unter der Studentenschaft erfreut sich hier wie dort der gleichen Aufmerksamkeit der „Staatsbehörden“.

In Leipzig wurde eine Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins für den Osten polizeilich verboten, wo Waldemar Nauasse aus Berlin über das Thema sprechen sollte: „Wie stellen wir uns zu dem Austritt aus der Landeskirche?“ Das Verbot wird „gestiftet“ auf § 3 des sächsischen „Zuwells“, wonach Versammlungen unzulässig sind, deren Zweck es ist, Gesetzsünder zu begeben, dazu aufzufordern, oder doch dazu geneigt zu machen

Dasselbe Sachverhalte hatte einst die Vorhut auf dem Gebiete der religiösen Aufklärung!

Die theuren Neubauten an den kaiserlichen Werften.

Wenig oft ist es gewiss nicht der Fall, daß wir gewissermaßen zu Gunsten einer Betriebsverwaltung einer Staatswerkstätte das Wort ergreifen; aber da wir von jeder Seite der Wahrheit die Ehre gegeben haben, so wollen wir es auch diesmal thun, um die, zuerst in der Budgetkommission des Reichstages, namentlich von den Abgeordneten Jansen, Dr. Hammacher und Prinz Arenberg besprochene Thatsache, daß die Kriegsschiffs-Neubauten auf den Staatswerften theurer wie auf den Privatwerften werden, auf ihre Ursachen zurückzuführen. Auf den von uns schon oft hingewiesenen Umständen, daß die Staatswerften von den Musteranstalten, die sie werden sollten, so wenig verpönt lassen, wollen wir heute nicht eingehen, obgleich, angesichts des Umstandes, daß der Staatssekretär Dollmann die Ansicht vertritt, daß mit der Verkürzung der Arbeitszeit, bevor die Privatwerften vorangegangen, die kaiserlichen Werften nicht folgen könnten, die Verkürzung nahe genug liegt.

Drei Jahre waren im Februar d. J. verfloßen nach jener traurigen Katastrophe auf dem Panzerschiff „Brandenburg“, welche 44 tüchtigen Männern das Leben kostete. Als diese Katastrophe seinerzeit im Reichstage zur Debatte stand, wurde von allen Rednern nur die eine Ansicht vertreten, daß der Schiffsbau fernhin viel gewisserhafter und unter bedeutend besserer Aufsicht anzuführen sei. Wenn man nun hiergegen den Bericht der Budgetkommission liest, dann kommt man zu der Ueberzeugung, daß diese Katastrophe schon längst wieder vergessen ist. Wenn man sich auf den Standpunkt stellt, daß die Kriegsschiffe unbedingt nötig sind und daß ferner auf denselben das denkbar Mögliche zur Sicherung der auf den Schiffen später Wohnenden gethan werden soll, dann kann nur einer, der die Verhältnisse auf den Staats- und den Privatwerften nicht kennt oder kennen will, die Billigkeit der letzteren lobend hervorheben. Wie es aber damit bestellt ist, wollen wir nunmehr einmal untersuchen. Die Privatwerften bauen nach festen Kontrakten. Hauptpläne und Zeichnungen von der Admiralität geliefert, während die tausende von Detailzeichnungen, die bei einem Schiffsbau gebraucht werden, von den Konstrukteuren und Technikern der Privatwerften selbst angefertigt und nur von dem Aufsicht führenden kaiserlichen Oberbeamten (Bau-Inspektor, Baumeister oder Ingenieur) eingesehen und durch Namensunterschrift für richtig befunden werden. Außer von diesem Oberbeamten wird der Bau auf Privatwerften noch durch einen kaiserl. Werkführer beim Schiffsbau und einen beim Maschinenbau beauftragt. Nun kommen aber sehr häufig in den Detailzeichnungen Konstruktionsfehler vor. Der die Arbeit anfertigende Arbeiter sieht beispielsweise ganz gut ein, daß der Schieber, das Ventil, der Wasserstandsanzeiger, das Dampf- oder Drainagerohr u. s. w. bei einem etwaigen Versagen im Dienste vielleicht garnicht oder doch nur sehr kümmerlich, in vielen Fällen nur mit Zertrümmerung einzelner Theile zu öffnen oder zu schließen möglich ist. Durch eine Meldung würde er in erster Linie Schaden zu erleiden haben, da bei den äußerst gedrängten Akkordlösen jede Verzögerung ihm solchen bringt; er meldet die Sache vielleicht nicht, da auch in früheren Fällen der Meister bei erfolgter Meldung sich auf die Zeichnung berufen hat. Die schwankeuden Arbeitsverhältnisse auf den Privatwerften thun ein übriges. Der Arbeiter, der heute eingestellt wird, weiß nur zu gut, daß er nach drei bis vier Wochen oder 8 bis 4 Monaten, je nachdem die Arbeit beendet ist, und er sich während dieser Zeit Tag und Nacht abgerackert hat, wieder auf die Strafe gefaßt wird, und insolge dessen sucht er seine Arbeit so schnell wie möglich auszuführen. Bei der geringen Zahl Aufsichtsbekanntem kann der Meister oder Werkführer einer Privatwerft die Arbeiten nicht so genau kontrollieren. Die kaiserlichen Werften dagegen bieten ein ganz anderes Bild. Nach unserer neuesten Umfchau sind auf den kaiserlichen Werften z. B. 6 mal, ja in einzelnen Refektorien sogar 10 mal so viel Aufsichtsbekanntem (Werkführer, Meister, Obermeister, Bauführer, Baumeister [Ingenieur] Bauarbeiter u. s. w.) als auf Privatwerften. In der Montierungswerkstätte kommen auf 840 Arbeiter 18 Werkführer, 9 Meister und 1 Obermeister. In der Schlosserei und Schmiede sind bei 217 Arbeitern 7 Werkführer und 2 Meister. Hinzu kommt noch, daß fast jeder Meister einen oder zwei Schreiber sitzen hat, die einen großen Theil der Schreibereien ihnen abnehmen, so daß die Meister sich viel mehr dem äußeren Dienste widmen können. Sämtliche praktischen Arbeiten werden auf das genaueste beaufsichtigt und alle vorgefundenen Konstruktionsfehler u. s. w. werden sofort verbessert. Bei jeder Ausführung einer Arbeit wird schon in betracht gezogen, daß im Fall eines etwaigen Versagens im Dienste die Reparatur so schnell und leicht wie möglich vorgenommen werden kann. Es ist eine unter Fachleuten allgemein anerkannte Thatsache, daß bei auf Privatwerften erbauten Schiffen und Maschinen viele Theile schon bei der ersten Reparatur verworfen werden müssen, während dieselben Theile bei auf kaiserlichen Werften gebauten Schiffen fünf, sechs und noch mehr Reparaturen bestehen. Auf den kaiserlichen Werften tritt noch hinzu, daß die Arbeitsverhältnisse stabiler sind, der Arbeiter hat etwas mehr Hoffnung länger dort zu bleiben und da weiß er auch, daß jedes neue Stück Arbeit, das dort gefertigt auch wieder in Reparatur kommt; er sucht also später Vorwürfe zu vermeiden, daß trifft aber bei einem Arbeiter in einer Privatwerft, der heute eingestellt wird, weil die Arbeit drängt, und morgen entlassen wird, wenn die Arbeit fertig, nicht zu. Ihm kann es gleichgültig sein, ob die Arbeit später gut oder schlecht ist, abgesehen von dem Umstande, daß die Uebung und Geschicklichkeit, die zum Schiffsbau erforderlich, nur durch langjährige Erfahrung zu erwerben ist. Auf einer der kaiserl. Werften würden Fälle wie die folgenden nicht möglich sein. Bei einem der neueren Kreuzer unserer Marine stellte sich nach dem Stapellauf auf einer Privatwerft heraus, daß ein großer Komplex der Außenhaut des Schiffes im Andernraum leer war. Die Außenhaut besteht hier aus zwei aufeinanderliegenden Stahlplatten, welche durch Niete fest aneinander gezogen sein sollen. Dieses trat in diesem Fall nicht zu, denn zwischen beiden Platten war ein Zwischenraum bis zu 6 Millimeter. Um nun das Eindringen von Wasser in den Schiffsraum zu verhindern, also die Außenhaut dicht zu bekommen, wurde folgendes Experiment gemacht. Es wurden in die innere Platte eine große Anzahl ca. 15 Millimeter große Löcher gebohrt, Gewinde hineingeschnitten, eine hierzu angefertigte Druckpumpe eingeschraubt und der Luftraum zwischen beiden Platten mit dünnem Wismuthpulver vollgefüllt. Dann wurden wieder die Löcher mit Gewindenschrauben zugemacht und übergefrichen. Dieses wurde namentlich auf Steuerbordseite von Spant 0 bis über Spant 4 von unterhalb des Wellenrohrs bis hinauf zur Wasserlinie gemacht; auf Backbordseite in etwas kleinerem Maßstabe.

Ueber die Probestrichen des im vorigen Jahre abgenommenen, auch auf einer Privatwerft gebauten Aviso „Dela“ besagten die amtlichen Angaben, daß bei den Maschinen die Kurbelwellen Neigung zeigten, nach vorn zu wandern, was mehrfach zu schlechten Arbeiten der Dampfbohlen Veranlassung gab. Einige Theile waren zu leicht konstruirt und mußten durch stärkere ersetzt werden. Die Kessel zeigten während der Probestrichen bedeutende Belastungen an den Feuerlöchern, so daß eine Erneuerung der Niete theilweise notwendig geworden ist. Die Kesselspeisung erforderte stets besondere Aufmerksamkeit bei schnellem Gang der Maschinen, da die an die Maschinen angezappten Speisepumpen mangelhaft arbeiteten, sobald die Temperatur des Speisewassers 40 Grad Celsius überschritt. — Bei der Verlegung der Dampfheizungsrohre hat sich ein Mangel an Sorgfalt gezeigt. Noch liegt die „Dela“ auf der Werft in Reparatur und die Reparaturkosten des neuen Schiffes müssen sich schon jetzt auf viele tausende Mark belaufen. Das ist es gerade, was übersehen wird. Die Kosten eines Neubaus auf einer Privatwerft sind geringere als die eines Neubaus auf einer Staatswerft, dafür sind die Warten der letzteren besser und dauerhafter, erfordern nicht die vielen und großen Reparaturen und wenn man für einen 10jährigen Zeitraum beispielsweise die Kosten des Neubaus und durch Reparaturen

zusammenstellen würden, dann würden die kaiserlichen Werften als die billigeren dastehen, trotz der bürokratischen Verwaltung. Wenn man nun die Urtheile in der Budgetkommission des Reichstages hört, dann kann man nur zu dem Schluß kommen, daß die Herren dort die Verhältnisse thatsächlich nicht kennen oder auf Kosten der Steuerzahler zu Gunsten der Privatwerften sprechen, wozu letzteres wir jedoch als höfliche Menschen von ihnen nicht annehmen.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Niddorfer Möbelpolierer schlossen sich in ihrer letzten Versammlung den Beschlüssen ihrer Berliner Kollegen an, wonach die Arbeitsruhe am 1. Mai strikte durchgeführt werden soll.

Deutsches Reich.

Im Maurerstreik in Brandenburg ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Der Zugzug ist streng fernzuhalten.

Aus Lübeck wird gemeldet, daß die am 12. April geführten Unterhandlungen der streikenden Möbelfabrikanten mit den Möbelfabrikanten zu keinem Ergebnis geführt haben. Die Fabrikbesitzer waren wohl geneigt, eine Erhöhung des Stundenlohnes zu bewilligen, sie lehnten aber die von den Streikenden geforderte Herabsetzung der Arbeitszeit von 10 auf 9 1/2 Stunden mit aller Entschiedenheit ab. An diesem Punkte sind die Verhandlungen gescheitert; die Streikenden wollen ihre Forderung nicht fallen lassen, und der Arbeitgeberverband hat beschloffen, auf keinen Fall in die Verkürzung der Arbeitszeit zu willigen. Das Verhalten dieser nach dem Hamburger Ruffert errichteten Ausbeutervereinigung wird durch die Thatsache genügend gekennzeichnet, daß die Innungsmeister die Forderungen der Tischler bewilligt haben und um ihr Versprechen halten zu können, darauf bestehen müssen, daß ihre gefährlichsten Konkurrenten, die Möbelfabriken, von den Arbeitern genehmigt worden, ebenfalls zu bewilligen. Der im Stummischen Geiste wirkende Arbeitgeberverband, der bekanntlich aus Unternehmern aller möglichen Industrien besteht, hilft natürlich nicht den Handwerksmeistern, sondern den Möbelfabrikanten. So treten die „Kaatberghaltenen“ Elemente des Handwerks! —

In Altona verhandelte das Landgericht in erneuter Verhandlung gegen die Genossen Johannes Heine, Max Gersch und Otto Stabert, die wegen Erpressung, angeblich verübt in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der Boykottkommission gegenüber dem Margarinefabrikanten Mohr, in erster Verhandlung zu Gefängnisstrafen von 1—3 Monaten verurtheilt worden waren, welches Urtheil vom Reichsgericht wegen eines Formfehlers aufgehoben wurde. In der zweiten Verhandlung vor dem Landgericht beantragte der Staatsanwalt dieselben Strafen, auf die das Gericht früher erkannt hatte. Das Urtheil wird nächsten Dienstag verkündet.

In Bremen hielt das Gewerbeamt als Einigungsamt eine zweite Sitzung in Sachen des Schuhmacherstreiks ab, um eine Einigung über die noch strittige Frage des Minimallohnes zu Stande zu bringen. Die Gehilfen forderten einen Minimallohn von 18 M. Die Vertreter der Innung, die etwas über 120 Mitglieder zählt, erklärten den Minimallohn auf keinen Fall bewilligen zu können, wobei sie bemerkten, die Innungsmeister ließen fast alle auf Still arbeiten und mit der Abschaffung von Kost und Logis beim Meister (welcher Gehilfenforderung die Meister zugestimmt haben) werde die Beschäftigung auf Wochenlohn bei den Innungsmeistern wahrscheinlich ganz aufhören. Darauf einigten sich die beiderseitigen Vertreter dahin, daß der Minimallohn von 18 M. zwar in den noch zu vereinbarenden Lohnverträgen aufgenommen werden, die Innungsmeister von seiner Begleichung jedoch entbunden sein sollen. Ueber diese Abmachung hat noch die Versammlung der Gehilfen zu entscheiden. Stimmt diese zu, so treten am Donnerstag die beiderseitigen Lohnkommissionen zur Beratung des Lohnvertrages zusammen und nach der Verhandlung über diese Angelegenheit hält das Gewerbeamt als Einigungsamt noch eine Sitzung ab, um die Verhandlungen formell zum Abschluß zu bringen.

Aus Magdeburg berichtet die „Volkstimme“: Eine Berliner Firma, deren Arbeiter im Auslande sich befinden, beabsichtigt, in Magdeburg eine größere Stückarbeit ausführen zu lassen. Das wird natürlich schwer fallen, da hier eine wachsame Organisation vorhanden ist, die solidarisch für die Interessen der streikenden Berliner Kollegen eintritt. Wenn irgendwie Stuckaturen nach Magdeburg verlangt werden, dann wird darum gebeten, vor Annahme der Arbeit Erkundigungen über die hiesigen Verhältnisse einzuziehen bei Otto Röhr, Magdeburg-Neustadt, Kugelenstr. 19.

Die Maurer und Zimmerer Magdeburgs haben mit dem Arbeitgeberverband des Maurer- und Zimmerergewerbes einen Lohnvertrag vereinbart, der bis 1. April 1898 Gültigkeit hat.

Die Tischler in Merseburg fordern 10 pCt. Lohnerhöhung und ersuchen die Fachgenossen, bis auf weiteres den Zugzug zu unterlassen.

In Elberfeld legten auf dem Neubau des Realgymnasiums über 60 Maurer die Arbeit nieder. Sie forderten den Lohnstundenlohn auf 12 M. und die Verkürzung der Arbeitszeit. Im Tischlerstreik ist keine wesentliche Veränderung eingetreten. Am Sonnabend waren 17 Ledige und 78 Verheiratete zu unterthun.

Aus Hannover berichtet der „Proletarier aus dem Eulengebirge“, daß dort die Niedrigkeit der Löhner am Verfall der Arbeitszeit und Lohnerhöhung im Streik steht.

Ueber den Diamantarbeiterstreik in Danau wird berichtet: Das Gewerbeamt hat in seiner letzten Plenarsitzung einstimmig beschloffen, jetzt seinerseits den Versuch zu einer Verständigung zu machen. Zuerst werden die Fabrikanten gefragt, ob sie jetzt zu Verhandlungen bereit sind. Sollte dies bejaht werden, dann würde eine gleiche Anfrage an die Arbeiter gerichtet werden.

Die Arbeiterinnen der Wäschereien in Neu-Isenburg bei Offenbach a. M. haben, z. B. 180 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt, weil sie trotz 12—16 stündiger Arbeitszeit durchweg sehr schlecht bezahlt wurden. Sie verlangen den Gehaltsstundenlohn von 10, 14 und 15 Pf. für ausgearbeitete, mittelmäßige und erste Arbeiterinnen, wöchentliche Lohnzahlung, bessere Kost, einständige Mittagspause und Frühstücks- und Vesperpausen von je 20 Minuten, sowie menschenwürdige Behandlung. Wie das „Offenb. Abendblatt“ mittheilt, hat ein Theil der Wäschereibesitzer diese Forderungen bewilligt, so daß sich die Zahl der streikenden Arbeiterinnen auf 120 vermindert hat.

Das Leipziger Gewerkschaftskartell beschäftigte sich in seiner Sitzung am 12. April mit der Kritik, die der „Vorwärts“ gegen seine Beschlüsse in Sachen der Buchdrucker gerichtet hat. Nach dem Bericht der „Leipziger Volkszeitung“ führte der Buchdrucker Kressin — der in derselben Sitzung auf 1 Jahr zum Schriftführer des Kartells gewählt wurde, während der Buchdrucker Casch das Amt des 1. Vorsitzenden übertragen bekam — folgendes aus: „Der „Vorwärts“ habe sich eine das Kartell verletzende Art der Kritik seines Beschlusses betriebs der Buchdrucker-Delegirten erlaubt, so daß das Kartell dazu Stellung nehmen müsse. Der „Vorwärts“ habe von Anfang an keine bestimmte Stellung in der Tarifrage eingenommen, ja er habe später sogar die fünf wegen Gründung der Buchdrucker-„Macht“ ausgeschlossenen Oppositionellen in der öffentlichen Achtung herabgesetzt, trotzdem sie alle lange Jahre Parteigenossen sind und als solche gewirkt haben, zum Theil sogar an wichtigen Posten. Es sei zu begrüßen, daß der „Vorwärts“ jetzt offen Farbe bekannnt habe.“

Nach den Kressin'schen Darlegungen stellten sich sämtliche Redner auf den Boden der von Kressin vorgeschlagenen Resolution, die dann einstimmig angenommen wurde, und sprachen ihre Enttäuschung aus über die Haltung des „Vorwärts“. Die Resolution hat

folgenden Wortlaut: „Die am 12. April tagende Versammlung des Gewerkschaftskartells zu Leipzig weist die vortheilhafte Einmischung des „Vorwärts“ in die inneren Angelegenheiten des Kartells zurück. Die Versammlung geht über die vom „Vorwärts“ beliebte Art der Kritik des Kartellbeschlusses betreffs der Buchdrucker-Delegirten hinweg, da die bisher schwankende Haltung des Zentralorgans der sozialdemokratischen Partei in der Frage der Tariffgemeinschaft bekannt ist. Das Gewerkschaftskartell Leipzig hält die Unterstützung der Tariffgemeinschaftsgegner in der Buchdrucker-Gehilfenchaft für nothwendig im Interesse der Gesamtarbeiterbewegung und fordert die örtlichen Gewerkschaftskartelle auf, gleichfalls Stellung zur Tariffgemeinschaftsfrage zu nehmen. Die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands wird ersucht, diese Frage auf dem nächsten Gewerkschaftskongress zur Debatte zu stellen.“

Dieser Beschluß umgeht vorsichtig den springenden Punkt der Angelegenheit, nämlich unsere Kritik der falschen Auffassung, die das Leipziger Kartell von den Tariffgemeinschaften hat. Das Kartell wendet sich dagegen, daß der „Vorwärts“ den Ausschluß der Delegirten der Mehrheit der Leipziger Buchdrucker ungerecht nannte u. Der Ausschluß der Mehrheit eines Berufs aus dem Gewerkschaftskartell, noch dazu einer Stadt von der industriellen Bedeutung Leipzig, fordert aber selbstverständlich das öffentliche Urtheil heraus. Daraus ergibt sich für den „Vorwärts“ sowohl das Recht wie die Pflicht, seine Meinung zu sagen.

Ueber die Sache, um die es sich handelt, ist man im Leipziger Gewerkschaftskartell durchaus noch nicht mit sich im reinen. Nachdem die Resolution gegen den Berliner „Vorwärts“ angenommen war, diskutirte man noch wie folgt: „Töpfer“ Biebrich erklärt, daß in seiner Branche nicht eine Tariffgemeinschaft bestehe wie bei den Buchdruckern, Tischler, Metzger u. s. w., sondern daß der Töpfer sich immerhin (A. d. B.) vier Wochen Kündigungsfrist habe. Töpfer Piersch bestreitet ebenfalls, daß die Tariffform der Töpfer gleichwerthig sei mit der der Buchdrucker. Das sei eine Beleidigung. Buchbinder Zinke erklärte, daß über die Tariffgemeinschaft (A. d. B.) der Buchbinder eine öffentliche Buchbinderversammlung zu beenden haben werde; nachdem werde das Kartell sich zu entscheiden haben, ob ihre Mandate anerkannt werden.“

Die Anführung dieser Stellen genügt, um darzutun, in welche Sachgasse sich das Leipziger Gewerkschaftskartell mit seinen Beschlüssen gegen die Tariffgemeinschaft der Buchdrucker und gegen die Delegirten der Mehrheit der Leipziger Buchdrucker verwannt hat.

Den Behauptungen gegenüber, daß der „Vorwärts“ eine Kritik in verlesender Art gehalten habe, daß er von Anfang an keine bestimmte, sondern eine schwankende Stellung in der Tarifrage eingenommen und daß er später die fünf wegen Gründung der Buchdrucker-„Macht“ ausgeschlossenen Oppositionellen in der öffentlichen Achtung herabgesetzt habe, trotzdem sie alle lange Jahre Parteigenossen waren — diesen Behauptungen gegenüber mag erklärt sein: Unsere Kritik der beiden Beschlüsse des Leipziger Gewerkschaftskartells war in parlamentarischen Formen und vollkommen sachlich gehalten. Unwahr ist es, daß der „Vorwärts“ in der Frage des Buchdruckerlohnes von Anfang an keine bestimmte Stellung eingenommen habe; er hat im Gegentheil gerade von vornherein und zwar schon bei den Leipziger Verhandlungen deutlich genug gesagt, was er von der Sache hält, und seine Haltung ist bis heute nicht schwankend, sondern folgerichtig gewesen; drittens ist es dem „Vorwärts“ nicht eingefallen, die fünf Oppositionellen in der öffentlichen Achtung herabzusetzen, sondern er hat sie im Gegentheil vertheidigt, wo sie ungerecht behandelt wurden. Die Kritik beschränkte sich auf die Person Casch's, dessen Auftreten in jedem Betracht den schärfsten Tadel verdient.

Der Maurerstreik in Markranstädt i. S. ist durch Vermittlung des Bürgermeisters Berthold beigelegt. Die Arbeitszeit wird von 11 auf 10 Stunden herabgesetzt und der Stundenlohn jetzt von 35 auf 33 Pf. erhöht, am 1. April nächsten Jahres aber auf 40 Pf.

In Zwickau wurde der vor kurzem gegründete Verein Gewerkschaftskartell von der Polizei-Kommission dem provisorischen Vorstand persönlich gab, heißt es: Der besagte Verein ist entgegen dem sächsischen Vereinsgesetz mit anderen Vereinen in Verbindung getreten, beziehentlich aus Vereinsversammlungen hervorgegangen, die nur von organisierten Parteigenossen besucht waren und zum Zwecke der Gründung des Vereins Gewerkschaftskartell in Verbindung treten mußten. Die Polizeiverwaltung behalte sich Schritte gegen die einzelnen Vereine eventuell deren Auflösung vor.

In Grimnitzschau haben in der Weberei von Haase u. Komp. 11 Arbeiter und Arbeiterinnen gekündigt, weil pro Band (sechs Leipziger Ellen) 5 und 10 Pf. weniger bezahlt werden sollten, als bisher. Zuguz ist streng fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Der Holzarbeiter-Ausstand in Geringwalde dauert fort. In den letzten Tagen sind viele Ausständige abgereist. Die Stuhl-Fabrikanten sind noch nicht zu Verhandlungen geneigt. Am Montag ist die erste Auszahlung der Streikunterstützung erfolgt. Streikbrecher haben sich bisher nur in ganz geringem Maße gefunden. Um den Ausständigen den Sieg zu ermöglichen, ist die größtmögliche Fernhaltung des Zuguges am Platze.

In Mannheim beschloffen die Bauschlosser, die auf ihre Forderungen von den Meistern eine vollständig abnehmende, jedoch nicht einmal mit einer Unterschrift versehenen Antwort bekommen haben, die Meistervereinigung durch die „Volkstimme“ öffentlich aufzufordern, der Lohnkommission wenigstens eine Adresse anzugeben, auf deren Träger sie sich in Verbindung setzen kann. Ist bis längstens Donnerstag, den 15. d. Mts., keine Antwort eingelaufen, so soll durch die gewählten Vertrauensmänner in jeder einzelnen Werkstätte sofort die Kündigung eingereicht werden.

Die Schneider haben bei allen in betracht gezogenen Firmen ihre Forderungen ganz oder nur mit geringfügigen Abänderungen durchgesetzt.

Der Generalstreik der Maler, Lackierer und Anstreicher Würzburgs ist vermieden, da die Innung die meisten Forderungen bewilligt hat. In den fünf Geschäften, wo die Arbeit eingestellt worden war, sind die Differenzen gleichfalls durch Bewilligung der Forderungen erledigt.

Rußland.

Die städtischen Angeestellten und Arbeiter Belgiens, die zum Theil schon organisiert sind, halten in diesem Jahre einen Kongress in Brüssel ab. Verhandelt wird u. a. über Gesundheitsfragen, Errichtung von Pensionskassen, Einführung der siebenstündigen Arbeitszeit u. s. w.

In den Ziegelstein der Umgegend von Brüssel hat eine Anzahl Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Sie fordern eine Erhöhung des Lohnes von 25 Centimes für das tausend Ziegel. Dem „Peuple“ zufolge ist ein allgemeiner Ausstand zu erwarten.

Aus Alais in Frankreich wird telegraphirt: Der Ausstand in La Grandcombe dehnt sich auf die Nachbargruben aus. So haben besonders die Vergleute von Rochelle und die Arbeiter der Hüttenwerke in Lamaris die Arbeit eingestellt. Militär bewacht den Eingang zu den Gruben. Bisher hat sich kein Zwischenfall ereignet.

Eine bürgerliche, in Paris erscheinende deutsche Korrespondenz sagt, der Streik sei wegen Entlassung zahlreicher Arbeiter voranzusehen gewesen.

Der Streik in der Waggonfabrik von Pantin in Frankreich ist beendet. Die Unternehmer bewilligten die von den Arbeitern geforderte 14 tägige Lohnabrechnung.

Der Bergarbeiterausstand in Marismont ist beendet. Die Streikenden sind auf den Rath ihrer Kameraden vorläufig bedingungslos zur Arbeit zurückgekehrt, die Differenzen sind damit aber nicht erledigt, sondern einem Einigungsamt überwiesen worden.

Die Differenzen zwischen dem englischen Eisenbahn-
arbeiter-Verband und mehreren Eisenbahndirektionen sollen
nach Osnern vor einem Einigungsamt, dem Lord Rosebery
vorsitzen wird, zum Austrag gebracht werden. Mittlerweile suchen sich
beide Parteien mit statistischem Material über Lohn- und Arbeits-
verhältnisse zu versehen. Der Verband sucht außerdem möglichst
alle Eisenbahnarbeiter zu organisieren. Seit 1. Januar sind 15 224,
in der letzten Woche allein 1800 neue Mitglieder gewonnen worden.

In Sheffield (England) streiken die Silberschmiede
einer der ältesten Firmen wegen Lohnhöhen und weil in der
betreffenden Fabrik ein zu der Zahl der erwachsenen Arbeiter
zu hoher Prozentsatz von Lehrlingen eingestellt wird. Es ist das der
erste Streik, den die genannte Gewerkschaft seit ihrem Bestehen
anzuführen hat.

Aus Russland wird uns geschrieben: In Jaroslaw
wurden während des Streiks in der Fabrik von Korhakin mehrere
Arbeiter, eine Frau und ein Kind erschossen. — Die Verfolgung der
Arbeiter von Seiten der Behörden wird in letzter Zeit mit besonderer
Rücksichtslosigkeit getrieben. In einer Zehnstube, die sich in einem
Arbeiterviertel befand, versammelten sich eines Abends einige
Arbeiter. Mächtig wurde das Gerede von Polizisten belagert und
die Auflösung der Versammlung befohlen. Die Arbeiter, die das
Lokal einzeln verlassen, wurden von den draußen aufgestellten
Polizisten auf das schamlichste mißhandelt, wobei auch eine Anzahl
Passanten Verletzungen davontrugen und ein Knabe, der den wie
während dreinschlagenden Polizisten entstrichen werden mußte. —
In den Tabakfabriken herrschen empörende Zustände, die
selbst gegen die russischen Gesetze verstößen. In allen Fabriken sind
Kinder beschäftigt, die Mäntelchen sind klein, ohne Ventilation,
reines Trinkwasser fehlt und die Löhne sind äußerst niedrig.
Mädchen, die schon Jahre lang dort beschäftigt waren und tüchtige
Arbeiterinnen sind, bekommen 90 Kop. bis 1 Rub. 20 Kop. wöchent-
lich. In drei Fabriken forderten die Arbeiter eine Erhöhung des
Lohnes. Darausbin überhäufte sie der Fabrikinspektor (der
selbst eine Fabrik besitzt) in Gemeinschaft mit dem Polizeimeister
mit Schimpfwörtern und mit Drohungen, sie nach Sibirien zu ver-
schicken.

Unternehmer-Verbände.

Die Vereinigung der Interessenten der Spiritus- und
Brennerei-Industrie hat, wie ein Berliner Lokalblätterfasser
meldet, durch Verträge mit Versicherungsgesellschaften das Personal
seiner Mitglieder für den Fall der dauernden Invalidität oder des
Todes durch Vermögensübertragung mit 800 Mk. pro Person versichert, und
zwar alle Brennereiarbeiter, die bei den Brennereien beschäftigten
Unterbreitner, sämtliche Destillateure und Sektexpedienten, alle
Buchhalter und das gesammte kaufmännische Personal.

Der Bäckermeister-Verein der Schweizerischen Stadt Luzern
verhängte über den dortigen Konsumverein, der 4070 Mitglieder
zählt, den Rehsbojott; die Untermühle in Zug und Steiner's
Söhne in Wältern dürfen kein Mehl mehr liefern. Der Konsum-
verein bezieht nun sein Mehl von anderen Firmen.

Soziales.

Aus Jarzke berichtet die „Dresdener Zeitung“: Der Ver-
mann Schwitalla auch Michowitz bei der verhängnisvollen
Katastrophe am 1. April auf der Porstsch'schen Hedwig-Brunn-Grube
beim Bergen der sechs Leichen mit wahrer Todesverachtung zu weit
vorgedrungen war, wurde damals bestraft zu Tage gefördert. Die
Hoffnung auf Erhaltung seines Lebens hat sich nicht erfüllt; der-
selbe ist seinen Leiden erlegen und wurde gestern zur letzten Ruhe
bestattet. Der Verunglückte hinterläßt eine Wittwe mit vier Kindern.

Übermaß wird ein großes Unbehagen gemeldet. Im
Schacht I und II der Zeche Oberhausen sind Mittwoch Vor-
mittag einer Explosion schlagender Wetter 10 Menschenleben
zum Opfer gefallen. Nach Angabe der „Alteimisch-Westfälischen
Zeitung“, dem Unternehmerorgan, soll die Wetterführung intakt sein,
die Ursache des Unglücks sei unbekannt.

Die alte Geschichte! —
Eine internationale Konferenz, die sich mit den sanitären
Einrichtungen und den ärztlichen Hilfeeinrichtungen auf den Eisen-
bahnhöfen und den Personendampfern befassen soll,
wird im September d. J. in Brüssel abgehalten werden.

Die Kohlenförderung im Transvaal in Südafrika betrug im
Jahre 1896 1 471 189 Tonnen. Verkauft wurden davon 1 437 297
Tonnen, 303 881 mehr als im Vorjahre. Beschäftigt wurden im
Kohlenbergbau 443 Weiße und 4645 farbige Arbeiter.

Geriichts-Beitrag.

Die nunmehr erhobene Anklage gegen den Kriminal-
kommissarius v. Tausch und den Schriftsteller v. Lüchow um-
faßt 183 Seiten und schon dieser Umfang zeigt, daß der
am 24. Mai und die folgenden Tage sich abspielende
Prozess wieder von hervorragendem Interesse werden wird.
Den Geschworenen werden zwei an sich selbständige Straf-
sachen, die aber mit einander verbunden worden sind, vorgelegt werden:
die eine betrifft sich „v. Tausch“ und betrifft den diesem vor-
geworfenen Meineid, die andere wird „v. Lüchow und Genossen“
genannt und bezieht sich auf die Urkundenfälschung, begangen durch
unbefugte Ausstellung von Quittungen unter dem Namen des Herrn
Kufusky. Ursprünglich war bezüglich dieser That die Untersuchung
gegen v. Tausch wegen Anklage geführt worden, dieser
Gesichtspunkt ist jedoch fallen gelassen und die Anklage nun
wegen Verbrechen im Amte erhoben worden. Es wird hierbei
unterstellt, daß v. Tausch, obwohl er gewußt hat, daß v. Lüchow
mit der Falschung der falschen Unterschrift eine strafbare Hand-
lung begeht, die Verfolgung der letzteren doch unterlassen hat. Die
Anklage wird vor dem Schwurgericht durch den Ober-Staats-
anwalt Drescher und den Staatsanwalt Dr. Eger vertreten
werden. Voraussetzlich wird ein nicht unwesentlicher Theil
der Verhandlungen mit Erörterungen darüber ausgefüllt
werden, ob v. Tausch eigenmächtig und zu bestimmten
Zwecken politische Artikel in verschiedene Zeitungen lancirt hat,
wenigstens haben nach dieser Richtung hin umfangreiche Erhebungen
stattgefunden, die nun der Prüfung der Geschworenen unterbreitet
werden, um zu entscheiden, ob v. Tausch in dieser Beziehung
vor Gericht die Unwahrheit gesagt hat. Von der Anklage-
behörde werden etwa 50 Zeugen vorgeladen werden, darunter
wieder Frhr. v. Marckall, Johann der Polizeipräsident v. Win-
heim und andere hervorragende Persönlichkeiten, von denen ein Theil
schon im Prozess Ledert-Lüchow mitgewirkt hat. v. Tausch will aber
die Zahl der Zeugen noch durch Vorladung zahlreicher Entlastungs-
zeugen ergänzen und hält zu diesem Zweck jetzt fast täglich Kon-
ferenzen mit dem Verteidiger Dr. Schmidt an. Für den Ange-
klagten v. Lüchow wird sein Verteidiger Dr. Lubszynski nur
wenige Entlastungszeugen vorschlagen. Man nimmt an, daß die
Verhandlung des Prozesses eine ganze Woche ausfüllen wird.

Vom Sedlitz. Wegen Beleidigung des Oberhofmeisters der
Kaiserin Freiherrn v. Mirbach ist, wie erinnerlich sein wird, vor
einer Zeit der Herausgeber des „Antisemitischen Generalanzeigers“
Sedlitz vor vier Monaten und der Schriftsteller Schwannbagen zu
einem Jahr Gefängnis verurtheilt worden. Freiherr v. Mirbach
hatte bei seiner Zeugenvernehmung die Kampesweise und die ge-
samte Tendenz des „Antisemitischen Generalanzeigers“ einer
rücksichtslosen Kritik unterworfen. Kejnliche Urtheile über die
Person des Herrn Sedlitz und den Werth und den
eigentlichen Charakter seines Blattes fanden sich in einer
Reihe von Artikeln wieder, die verschiedene hiesige und aus-
wärtige Zeitungen im Anschluß an jenen Prozess brachten. Herr
Sedlitz hat jetzt gegen alle diese Blätter die Beleidigungsklage
angestellt. Gestern wurde vor dem hiesigen Schwurgericht seine
Privatklage gegen den Redakteur des „Berliner Tage-

blattes“, Dr. Ernst Grützmacher verhandelt. Dieser sowohl wie
auch sein Verteidiger Rechtsanwalt Mofse suchten nachzuweisen,
daß das Urtheil, welches über den Privatkläger und sein Blatt
gefaßt worden, ein durchaus berechtigtes gewesen und in Wahr-
nehmung berechtigter Interessen abgegeben worden sei. Der Gerichts-
helfer aber doch Beleidigungen für vorliegend und verurtheilte den
Angeklagten zu 100 M. Geldstrafe.

In den Prozessen um das Vermögen des verstorbenen Rentiers
Simon Blad ist neuerdings ein Theilurtheil gefällt worden. Das
Kammergericht hat der Schwester des Verstorbenen einer vermittelten
Frau H., welche ihm lange Jahre in seinen Geschäften geholfen,
nach Ableistung eines Eides, daß ihr der Verstorbenen seiner Zeit
auch nach Verkauf seiner Häuser ein Gehalt von 3000 M. jährlich
bewilligt hatte, den Betrag von 89 625 M. zugewilligt. — Wann
die Prozesse der übrigen Konkurrenten zur definitiven Erledigung
kommen werden, läßt sich noch gar nicht absehen.

Wegen schwerer Körperverletzung, begangen an einem von
ihm beschäftigten Arbeiter, hatte sich am Mittwoch der Herings-
händler an gros, Kaufmann Lippmann, in Gemeinschaft mit
seinem Buchhalter Karaczewsky, vor der 3. Strafkammer am
Landgericht I zu verantworten. Die Sache hat schon vor einiger
Zeit das Schöffengericht beschäftigt, welches sich aber für
unzuständig erklärte, weil nach den damals abgegebenen Gut-
achten der Sachverständigen es den Anschein hatte, daß der Verletzte
infolge der erlittenen Mißhandlungen in dauerndes Sichtsium
verfallen werde. Nach Angabe des verletzten Arbeiters Nöhl war
er am 17. September v. J. damit beschäftigt, mit dem Buchhalter
Karaczewsky zusammen einen Wagen zu schieben, bei welcher Ge-
legenheit beide in Wortwechsel kamen. Dann sei Lippmann hinzu-
gekommen, habe ihn ins Gesicht geschlagen und mit dem Gesicht an
den Wagen gestoßen; daraufhin habe sich auch Karaczewsky an den
Mißhandlungen beteiligt. Derauf sei Nöhl von Lippmann ins
Komptoir gerufen und mit einem Ohrenzeimer über den Kopf ge-
schlagen worden. Bald darauf sei auch Karaczewsky hinzugekommen
und habe mit dem verletzten Ende einer Peitsche auf ihn ein-
geschlagen. Infolge der gemeinschaftlichen Mißhandlungen
sei er zu Boden gefallen und dann von den Angeklagten noch weiter
geschlagen sowie mit Fußstapfen traktirt worden. Erst durch
Dazwischentreten von Hausbewohnern, sowie eines herbeigeholten
Schuhmanns sei der Prägelei ein Ende gemacht worden. Der Miß-
handelte mußte sich sodess in ärztliche Behandlung begeben. Nach
dem Gutachten des medizinischen Sachverständigen waren zwar die
äußeren Verletzungen Nöhl's nicht besonders erheblich, jedoch
hat er infolge der Schläge auf den Kopf eine Gehirner-
schütterung sowie ein langwieriges Nervenleiden
davongetragen, wovon er heute noch nicht völlig wiederhergestellt ist;
er befindet sich noch nicht wieder im Besitz seiner Arbeitsfähigkeit.
Die Besserung Nöhl's hat aber in letzter Zeit solche Fortschritte
gemacht, daß die Sachverständigen, im Gegensatz zu ihren vor dem
Schöffengericht erstatteten Gutachten, es für wahrscheinlich halten,
daß er mit der Zeit seine Arbeitsfähigkeit wieder erlangen werde.
Die Angeklagten wollen ganz schuldig sein. Lippmann will sowohl
auf dem Hofe, wo Nöhl dem Buchhalter den Wagen auf den Leib
habe schieben wollen, als auch im Komptoir von Nöhl zuerst geschlagen
sein und sich nur mit Hilfe seines Buchhalters des angreifenden Nöhl
erwehrt haben. Die Angaben des Verletzten, soweit sie die Vor-
gänge auf dem Hofe betreffen, wurden durch mehrere Zeugen be-
stätigt. Bezüglich der Prägelei im Komptoir behauptete Nöhl, daß
er mit den Angeklagten allein in diesem Räume war. Dagegen will
sowohl die Frau des Angeklagten Lippmann, als auch deren
Nesse, der Buchhalter Braun, während der Schlägerei im
Komptoir anwesend gewesen sein und beide wollen ge-
sehen haben, daß Nöhl der Angreifer war und die An-
geklagten nur in der Nothwehr gehandelt hätten. Dem Zeugen
Braun hielt der Vorsitzende des Gerichtshofes mehrmals das un-
wahrscheinliche und mit den Aussagen der anderen Zeugen in
Widerspruch stehende seiner Angaben vor, und warnte ihn ein-
dringlich vor dem Meineide. Dem Zeugen, der sehr
unsicher ist und vor Beantwortung der an ihn gerichteten Fragen
nach den Angeklagten blüht, bemerkte der Vorsitzende: „Sie
scheinen sich Ihre Instruktion von der Anklage-
bank holen zu wollen“. Ein anderer Zeuge ist vom
Angeklagten Lippmann beauftragt worden, auszulundschaften,
ob der Zustand Nöhl's wirklich ein so schlimmer sei,
und ob derselbe nicht etwa simulirt. Lippmann habe
dem Zeugen eine Belohnung von 50 M. und
eine gute Stellung versprochen, für den Fall,
daß er den Prozess gewinne. Der Staatsanwalt hielt nach
dem Ergebnis der Vernehmung die Angeklagten der gemein-
schaftlichen schweren Körperverletzung für schuldig und beantragte
gegen Lippmann 9 Monate, gegen Karaczewsky 6 Monate Gefängnis.
Der Staatsanwalt bezog sich auch, um den zu Gewaltthatigkeiten ge-
neigten Charakter Lippmann's zu kennzeichnen, auf die von Zeugen
bekundete Thatsache, daß Lippmann vor der Prägelei seine
Pferde in roher Weise mißhandelt hatte. Demgegenüber
bemerkte der Verteidiger der Angeklagten, daß Lippmann seit
Jahren Mitglied zweier Ehrenschauspieler-Vereine sei. Der
andere Verteidiger, Leonhard Friedmann, wandte sich unter anderem
gegen eine Meinberung des Staatsanwalts, welcher die That als eine
streng zu sühnende hinstellte, weil Lippmann, der wohlhabende
Arbeitgeber, einen armen, mit 6 Kindern gesegneten Arbeiter in
einer so able wirtschaftliche Folgen für den letzteren herbeiführenden
Weise gemißhandelt habe. Der Verteidiger meinte, derartige
sozialpolitische Momente müßten aus dem Gerichtssaal fern
gehalten werden, denn das könne nur „Wasser auf verschiedene
Mühlen“ leiten. Im weiteren suchten die Verteidiger nachzuweisen,
daß ihre Klienten nur in Nothwehr gehandelt und diese allenfalls
überschritten hätten. Der Vertreter des als Nebenkläger zu-
gelassenen verletzten Arbeiters Nöhl beantragte auf Zuerkennung
einer Buße von 4000 Mark. Das Gericht kam zu der
Ansicht, daß beide Angeklagte gemeinsam dem Nöhl eine
gesährliche Körperverletzung zugefügt haben, die zwar eine schwere
Beeinträchtigung seiner Gesundheit und seiner Erwerbsfähigkeit,
jedoch kein Sichtsium im Sinne des Gesetzes herbeiführt habe.
Der Angeklagte Lippmann wurde zu drei Monaten, Karaczewsky zu
zwei Monaten Gefängnis verurtheilt; außerdem hat Lippmann an
Nöhl eine Buße von 2000 M. zu zahlen.

Als dreizehnbrecherin hat sich das Dienstmädchen Auguste
Sternberg entpuppt, die gestern unter der Anklage des schweren
und einfachen Diebstahls vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I
stand. Die Angeklagte fand bei dem Kapellmeister des Garde-
Pionier-Bataillons Kühle im Dienst. Am 18. Oktober v. J. ging
Herr Kühle mit seiner Ehefrau und seinen beiden ältesten Kindern
aus, verschloß nach seiner Gewohnheit den Zugang zu seinem
Vorderzimmer und ließ im übrigen seine Wohnung unter der
Obhut der Angeklagten. Als die Familie abends heimkehrte,
sand sie, daß inzwischen ein Einbruch bei ihnen verübt war. Die
Korridorhür stand offen, die Thür zu den Vorderzimmern war auf-
gebrochen, der im vorderen Zimmer stehende Schreibtisch geöffnet
und aus diesem eine goldene Uhr nebst Kette und verschiedene Gold-
stücke gestohlen worden. Der Gesamtschaden betrug etwa 300 M.
Die Angeklagte lag in ihrer Kammer anscheinend im tiefsten Schlaf,
aus dem sie nur schwer zu ermuntern war. Sie erzählte der Her-
schaft ein ganzes Märchen. Sie behauptete nämlich, ein im
Hause wohnender Schuhmacher habe ihr ein Tränkchen gegeben,
wonach sie sehr bald in einen todtenähnlichen Schlaf gefallen sei;
diesem Zustand müsse der Schuhmacher wohl benutzt haben, um un-
gestört den Einbruch zu verüben. Der Mann wurde denn
auch in Haft genommen, bald aber wieder entlassen, da
sich seine Unschuld herausstellte und es klar wurde, daß
die Angeklagte selbst die Diebin war und sich das Märchen
nur ausgeklügelt hatte, um den Verdacht von sich abzu-
lenken. Diese Vermuthung wurde verstärkt, als man an einem ver-
steckten Ort der Mädchenkammer andere der Herrschaft gehörige
Sachen vorfand. Nach ihrer Verhaftung hat die Angeklagte denn
auch ein unumwundenes Geständniß abgelegt, schloß dieses aber mit
einem neuen Schwindel ab: sie behauptete nämlich, daß sie Uhr und

Geld aus Angst in das Kloset geworfen und nicht mehr hinter sich
habe. Kriminalinspektor Braun veranlaßte deshalb eingehende
Durchsuchung der Klosetröhren, es stellte sich jedoch bei angelegten
Verjungen heraus, daß bei der Konstruktion der Röhren schwere
Gegenstände überhaupt nicht aus dem Klosetboden in die Röhren
hineingeschoben werden konnten. Die gestohlenen Gegenstände
hätten also gefunden werden müssen, was aber nicht der Fall war.
Das Mädchen hat se offenbar in Sicherheit gebracht. Mit Rück-
sicht auf die Dreistigkeit des Auftretens und die Verschämtheit, die
sie noch jugendliche Angeklagte zur Schau getragen, verurtheilte sie
er Gerichtshof zu zwei Jahren Gefängnis.

Ueber einen Mordprozess wird aus Schwidniz berichtet:
Vor dem hiesigen Schwurgericht begann am 12. April ein Mord-
prozess, der großes Aufsehen erregt. Der Gutbesitzer Gustav
Werner aus Ober-Krandsdorf ist beschuldigt des vollendeten
Gistmordes in zwei und des versuchten Gist-
mordes in drei Fällen. Der Thatbestand ist in
Kürze folgender: Der Angeklagte ist der Schwiegersohn
der am 17. November vorigen Jahres verstorbenen Frau
Helene Berger und des Gottfried Berger zu Nelsbach.
Er soll stets viel Gutes von den Schwiegereltern erfahren haben
und durch dieselben in den Stand gesetzt worden sein, ein Gut zu
kaufen. Werner giebt zu, im ganzen etwa 10 000 M. von seinen
Schwiegereltern erhalten zu haben. Trodem befand er sich stets
in miltlicher Vermögenslage. Am 17. November führen die Eheleute
Berger zum Jahrmarkt nach Freiburg i. Schl. Hier trafen sie im
Gasthose mit ihrem Schwiegersohne, dem Angeklagten Werner, zu-
sammen. Wie üblich wurde Kirnweschen gekauft und auf den
Wagen gelegt, um mit nach Hause genommen zu werden. Alle, die
später von diesem Ruchen ahen, sind erkrankt, die Frau Berger
und das Dienstmädchen Bertha Teichmann, sind gestorben, erstere sofort,
die letztere nach zwei Tagen. Gerichtschemiker Dr. Jeserich, Berlin,
stellte fest, daß der Ruchen mit Arsenik bestreut war. In den Fällen
der rechten Tafel der Wette, die Werner an dem fraglichen Tage
getragen, wurde ebenfalls Arsenik gefunden. Es ist beobachtet
worden, daß der Angeklagte sich wiederholt in verdächtiger Weise
bei dem Wagen seiner Schwiegereltern zu schaffen machte. Das
Ruchenpaket war augenscheinlich geöffnet und wieder zugemacht worden.
Trotz aller dieser Belastungsmomente und obgleich er einräumen mußte,
Arsenik besitzen zu haben, legte der Angeklagte sich auf's Beugnen.
Am Bußtage des Jahres 1893 erkrankten die Berger'schen Eheleute
und noch eine dritte Person ebenfalls nach dem Genusse von Ruchen,
den der Angeklagte aus der Stadt mitgebracht hatte. Die Staats-
anwaltschaft nimmt an, daß Werner schon damals seinen Schwieger-
eltern durch Verbringung von Arsenik hat aus der Welt schaffen
wollen. Es sind gegen 60 Zeugen geladen.

Versammlungen.

Die Schriftbauer nahmen am Montag im Englischen Garten
Stellung zu den Firmen, welche die zwischen den organisierten
Meistern und Gesellen vereinbarten Tarifpreise nicht zahlen. Ein
Antrag auf Feststellung der Präsenzliste ergab, daß nur 11 von
52 Firmen durch dort beschäftigte Schriftbauer vertreten waren.
Alsdann wurde durch eine längere Debatte über die Miß-
stände auf den Plätzen, welche den Tarif nicht innehielten, wobei
sich besonders die Firma Herxberg u. Seemann hervorgethan
haben soll, der erste Punkt der Tagesordnung erledigt.
Allgemeine Entrüstung rief die Vorlesung eines Arbeitzettels dieser
Firma hervor. Der anwesende Steinmetzmeister Jabel tabelte das
indolente Verhalten der Gesellen aus schärfste und beflagte sich
darüber, daß, trotzdem die Meistervereine bereit sei, Hand in
Hand mit den Gesellen gesunde Verhältnisse zu schaffen im
Schriftbauer-Gewerbe, diese durch ihre Thätigkeit, durch
Fernbleiben von den Versammlungen die Schmutzkonturrenz
begünstigen. Der Vorsitzende empfahl die Wahl einer
Kontrollkommission zur Feststellung von Verstößen gegen den Tarif.
Die Versammlung akzeptirte diesen Vorschlag und wählte Berg-
mann, Bod, Breuer und Schulze in diese Kommission.
Unter Verschiedenem weist der Vertrauensmann Fischer auf die
gesperrten Firmen hin. Gleichzeitig erinnert er an die am Donner-
stag, den 15. d. M. im „Englischen Garten“ stattfindende Versam-
lung der arbeitlosen Steinarbeiter Berlin und Umgegend.

Die in Holzbearbeitungs-Fabriken und auf Holzplätzen
beschäftigten Arbeiter nahmen in einer am Montag bei Wlke,
Andreasstraße, stattgefundenen öffentlichen Versammlung den
Bericht ihres Delegirten zur Berliner Gewerkschaftskommission
entgegen. Die drei in der Gewerkschaftskommission kürzlich
verhandelten Resolutionen riefen eine längere Debatte hervor.
Dem Delegirten läßt die Versammlung für die späteren Verhand-
lungen der Gewerkschaftskommission über die Resolutionen freie
Hand. Betreffs der Stellungnahme zum 1. Mai wird beschlossen,
den 1. Mai als den internationalen Weltfeiertag der Arbeit dadurch
zu begehen, daß überall da, wo es möglich ist, die Arbeit
ruhen zu lassen ist und die Arbeiter an der zur Feier des
Tages einzubereitenden Versammlung theilzunehmen haben. Die-
jenigen, die nicht feiern können, zahlen 1 M. zum Streikfonds. Zu
Revisoren wurden gewählt Stein, Pantow und Virchow.
Ein Antrag Hoffmann, daß der Vertrauensmann nur die Ver-
ständnisstrenks unterstützen solle, über die ihn vorher genauer Bericht
erstattet sei, wird bis zur nächsten öffentlichen Versammlung vertagt.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer
Berlin und Umgegend tagte am 11. April 1897 im Lokal Hoff-
mann, Alexanderstr. 27c. Zunächst verlas der Kassirer die Ab-
rechnung vom ersten Quartal 1897. Danach war eine Einnahme von
441,99 M., alter Bestand 559,82 M., Ausgabe 549,01 M., Bestand
am Schluß des Quartals 452,80 M. Die Richtigkeit der Abrechnung
wurde von den Revisoren bestätigt. Der Verfügungsfonds enthält
159,51 M.; auch hier bestätigten die Revisoren die Richtigkeit der
Abrechnung und wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Zum
Punkt 3 erstattete der Vorsitzende Bericht über die Thätigkeit
des Vorstandes. Derselbe hielt 11 Versammlungen und 6 Vorstand-
sitzungen ab. Nunmehr erfolgte die Wahl des gesammten Vorstandes.
Es wurden gewählt: als erster Vorsitzender Kater, als zweiter
Fürstberg, als erster Kassirer Schulz, als zweiter Heller,
als erster Schriftführer Pfister, als zweiter Lutz; als Revisoren
Garbe und Westphal; als Hilfskassirer für Osten: Künzel,
für Südosten: Klamm, für Westen: Wall, für Nordost:
Kuh, für Bedding: Gehl, für Nordost: Rudolph Brendt.
Als Thürkontrollreue wurden gewählt: Carl Wittner und
Busch. In den Ausschuss werden gewählt die Kollegen Herfurth,
Dahms, Panzer, Ebert und Harnisch. Ausgeschlossen
wird das Mitglied Schwefel, der als Kolier sich gegen ein Mit-
glied der Lokalkommission vergangen hat. Die Zahlstelle Kolberger-
straße 28 wird vertagt nach Weddingstr. 9. Am 24. Juli soll in
Keller's Festsaal das Stiftungsfest abgehalten werden.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 14. April. (Privatdepesche des „Vorwärts“). Der
Heizer Kohlhepp in Lebe ist anscheinend vergiftet todt aufgefunden
worden. Seine Ehefrau wurde unter dem Verdachte des Gistmordes
verhaftet.

Dortmund, 14. April. (W. T. B.) Bei der Station Nienke
stieß, wie die „Dortmunder Zeitung“ meldet, heute Vormittag 9 Uhr
ein aus Langendreer kommender Güterzug mit einem nach der Zeche
„Bismarck“ fahrenden leeren Kohlenzug zusammen. Drei Lokomotiven
und 13 Wagen sind zerschmettert worden. Menschenleben sind nicht
zu beklagen.

Kiel, 14. April. (W. T. B.) Der Präsekt erstattete Strafanzeige
gegen zwei sozialistische Generalräthe, welche zwei Präsektbeamte,
die ihnen die Mittheilung von Wahlergebnissen verweigerten, miß-
handelt (?! Red. d. „Vorw.“) haben.

Savana, 14. April. (W. T. B.) Der Führer der Aufständischen
Quintin Bandera hat mit einer starken Schar die Tröge von
Zucaro überschritten. Die spanischen Truppen verfolgten die Auf-
ständischen und brachten ihnen einen Verlust von 23 Todten bei. Die
Spanier hatten 15 Vermundete.

Kommunales.

Die Große Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft, welche die Weiterführung der Linie Görlitzer Bahnhof-Motzplatz-Potsdamer Thor-Zoologischer Garten unter Mitbenutzung der Geleise der Charlottenburger Straßenbahn...

Der Landrath des Kreises Niederbarnim hat an den Magistrat das Ersuchen gerichtet, im Interesse der Ortschaft Dohren-Schönhausen der Grundbesitz- und Baugesellschaft hieselbst baldigst die Genehmigung zur Inanspruchnahme städtischer Straßen bebaut zu werden...

Die Gesellschaft für den Bau von Untergrundbahnen, welche bereits einen Theil des Tunnels zwischen Stralau und Treprow fertig gestellt hat, will den Weiterbau desselben wieder aufnehmen...

Die fortgesetzt starke Zunahme der Anschläge an das hiesige Stadtfestungswerk erfordert dringend die Errichtung von drei neuen Stützpunkten, wie solche bereits vielfach auf städtischen Gebäuden bestehen und zwar auf den Gebäuden der Gemeindefürsorge, des Wasserwerks, 31, sowie auf dem Gebäude der Feuerwehrt An der Poststraße 7 d.

Ein Ueberbleibsel von Alt-Berlin, ein Theil der Schmalen Gasse, welche von der Rosenstraße aus in eine Sackgasse todt ausläuft, soll nunmehr auch asphaltirt werden.

Die städtischen Bureaus und Kassen werden am nächsten Sonnabend, des bevorstehenden Osterfestes wegen, bereits um 1 Uhr mittags geschlossen, mit Ausnahme des Zentral-Bureaus, welches zur Entgegennahme von wichtigen Sachen bis 4 Uhr nachmittags geöffnet bleibt.

Vier verschiedene neue Pflastergattungen sollen probeweise demnächst nach Beschluß der Deputation zur Anwendung kommen, und zwar zwei Arten von Asphaltpflaster, Kleinpflaster und eine Art Betonpflaster.

Lokales.

Unsere Leser werden, namentlich soweit sie mit unserer Expedition in geschäftlichen Beziehungen stehen, darauf aufmerksam gemacht, daß der Expeditionsschluß fortan des Sonntags morgens statt um 9 Uhr bereits um 8 Uhr erfolgt.

Der Wahlverein des 3. Kreises unternimmt am Charfreitag eine Fußpartie von Westend ab über Spandauer Brück, Pichelsberge etc. Abfahrt früh 7,30 vom Schlesischen Bahnhof (Stadtseite). Nachzügler werden bis 9 1/2 Uhr auf dem Spandauer See erwartet.

Achtung, 4. Wahlkreis Oden. Den Mitgliedern des Wahlvereins zur Nachricht, daß am Charfreitag eine Herrenpartie nach der Obersee stattfindet. Treffpunkt morgens 8 Uhr bei Wille oder am Schlesischen Bahnhof. Abfahrtszeit Johannisplatz; für Nachzügler in Grünau nachmittags 2 Uhr bei Lindenhegn, Friedrichstr. 2. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Verein „Vorwärts“ Berlin. Den Parteigenossen bringen wir die Zahlstellen des Vereins in Erinnerung. Dieselben befinden sich an folgenden Stellen: Kunder, Wittmannstraße 17; Bachgänger, Svinemünderstr. 96; Lorchert, Duffenstr. 18; Faber, Stephanstr. 11; Herrmann, Putzmeisterstraße 45; Haserand, Belleramstr. 67; Heilig, Schulstraße 114; Hilgenfeld, Bergstr. 60; Köhler, Calinstr. 11; Kietmann, Brunnenstr. 162; Lichte, Schwedterstr. 33; Pfarr, Putzmeisterstraße, Ecke Salzweilersstraße; Kamlow, Schönhauser Allee 135; Rasche, Hochstr. 32; Renfer, Benfstr. 24; Rosin, Nippinerstr. 42; E. Schmidt, Treßowstr. 24; G. Schmidt, Köllnerstr. 2; Zauschel, Grenzstr. 4; Weinert, Müllerstr. 7a. Die Zahlstelle von Gieshoit, Boyenstraße, ist nach Rieder, Chausseestraße verlegt. Gleichzeitig werden die Mitglieder auf die am Charfreitag stattfindende Fußpartie nach Zegel, Zegelort aufmerksam gemacht. Treffpunkt früh 8 Uhr im Feldschloßchen, Müllerstr. 142, für Nachzügler bei Rübsum in Zegel, Schloßstraße, vormittags 11 Uhr. Jahrgläubige Beteiligung auch seitens der fangeschuldigen Mitglieder erwartet der Vorstand: Carl Reid, Soldinerstr. 67 pt.

Die sechs Berliner Reichstags-Wahlkreise hatten bei den Volkszählungen von 1890 und 1895 folgende Bevölkerungszahlen, absolut und im Verhältnis (pro 1000) zur gesammten Berliner Bevölkerung:

Table with 4 columns: Kreis, 1890, 1895, pro 1000. Rows I through VI and a total row.

Die bereits seit Jahrzehnten bestehenden Unterschiede zwischen den einzelnen Kreisen, für deren Abgrenzung der Bevölkerungsstand zur Zeit der Wahlen zum ersten norddeutschen Reichstag (1867) maßgebend war, sind im letzten Jahresaufsatz wiederum noch um ein beträchtliches größer geworden. Sie müssen in den nächsten Jahren ins ungeheure wachsen, da jetzt nur noch die Bevölkerung der an der Peripherie gelegenen Kreise II, IV und VI zunimmt, während in den vorwiegend im Inneren der Stadt gelegenen Kreisen I, III und V — Kreis III ist rings umschlossen, I und V reichen nur mit ihrem westlichen bzw. nördlichen Ausläufer bis zur Peripherie — die Bevölkerung bereits zurückgeht.

Erfolgreiche Pflege des Patriotismus durch die Schule. In der Serta eines Berliner Gymnasiums hat Herr R. Wessely eine interessante Umfrage veranstaltet, über die er in der „Zeitschr. f. d. deutsch. Unterr.“ (1897, Heft 4) berichtet. Er hat seine 40 Schüler aus den in der Klasse gebrauchten deutschen Besuche (Gops und Paulsied, Theil 1) je 3 Prosafik und je 3 Gedichte, die ihnen am besten gefielen, auswählen lassen. Auch solche Stücke, bzw. Gedichte, die nicht in der Schule durchgenommen waren, durften gewählt werden.

Die 12 städtischen Realschulen wurden Ende 1895 von zusammen 4874 Schülern besucht. Davon waren übernommen: aus höheren Lehranstalten 1366, aus Privatschulen 604, aus Gemeindefürsorge 2914. Die Realschulen haben nicht, wie die meisten höheren Lehranstalten, eigene Vorschulen; als solche dienen hier die Gemeindefürsorge. Unter den Realschülern sind daher die ehemaligen Gemeindefürsorge in der Majorität (rund 60 pCt.). Unter den Gemeindefürsorgelern können aber die zukünftigen Realschüler deshalb doch nur eine ganz verschwindende Minorität bilden.

Die Befetzung der Gemeindefürsorge-Klassen stellte sich Ende 1895 (bzw. 1894), wie aus dem neuesten Schuldeputations-Bericht ersichtlich wird, im ganzen auf durchschnittlich 52,45 (52,80) Kinder pro Klasse. Sie ist 1895 wiederum, wie schon seit längerer Zeit, gegen das Vorjahr gesunken. Im einzelnen war jedoch die durchschnittliche Befetzung in den Klassen I 40,53 (40,74), II 46,57 (47,06), III 52,10 (51,90), IV 55,04 (55,83), V 58,98 (58,78), VI 59,56 (59,50).

Die Qualen der Untersuchungsgefängnisse sollen, wie der „Berl. Zeitung“ berichtet wird, bedeuten verschärft und den Zuständen nahe gebracht werden, die dem Geschrei der Kultur u. s. w. zum Trost, z. B. in Plöhensee immer noch an der Tagesordnung sind.

Die Qualen der Untersuchungsgefängnisse sollen, wie der „Berl. Zeitung“ berichtet wird, bedeuten verschärft und den Zuständen nahe gebracht werden, die dem Geschrei der Kultur u. s. w. zum Trost, z. B. in Plöhensee immer noch an der Tagesordnung sind. Wahrscheinlich werde man dazu kommen, das Zeitungsgesetz auf den „Reichs-Anzeiger“ zu beschranken, zur Abhaltung der Preislisten sogenannte Zellenhöfe zu errichten, oder auch das Maskensystem in Anwendung zu bringen, wodurch die gegenseitige Erkennung der Gefangenen verhindert wird.

Ueber die Lage der Magistrats-Hilfsarbeiter wird uns neuerdings berichtet: Vor einiger Zeit sind von Hilfsarbeitern, die schon vier Jahre in der städtischen Verwaltung thätig sind, die Stempelgebühren zu ihrem nach dem Reichsgerichts-Erkenntnis in Sachen Malix wider Stadtgemeinde Berlin rechtungsgültig erklärten Annahmevertrage eingezogen worden, nachdem man erst in letzter Stunde deren Stempelpflichtigkeit erkannt hatte.

Die Gründung einer eigenen Krankenkasse für seine Betriebsangestellten hat der Verein Berliner Molkereibesitzer beschlossen. Die bourgeoisen Philanthropen, die gegen die Kindermißhandlung zu Felde ziehen, werden aber ebenso wenig den Muth haben, die Nothheiten in maßgebenden Kreisen energisch zu bekämpfen, als sie geneigt sind, den Ausgebeuteten auf ihre Kosten ein Dasein zu verschaffen, das ihn überhaupt erst in Stand setzt, als Mensch menschlichen Empfinden nachzuleben.

nach Ablauf eines Halbjahres dann in ganzer aufgelaufener Restsumme von 90 Mark nachzahlt. Da bei vier- oder fünf-hundert solcher Fälle auf diese Weise ein Kapital von 36—45 000 M. zusammenkommt, dessen Nießbrauch die städtische Verwaltung auf ein halbes Jahr ohne Verzinsung hat, so stellt sich dieses Verfahren durchaus nicht einwandfrei dar.

Die neuen Verordnungen in Bezug auf die Ausübung des Droschkentischer-Gewerbes, von dem wir zum Theil schon in Nr. 84 berichtet haben, werden jetzt offiziell bekannt gegeben. Sie lauten: Für den Betrieb des Droschkentischer-Gewerbes sind neuerdings einige Neuerungen durch das Polizei-Präsidium eingeführt worden. Um es den Fuhrherren zu ermöglichen, ihren Kutschern ab und zu einen freien Sonntag zu gewähren, ist bestimmt worden, daß an jedem ersten und dritten Sonntag im Monat die Droschken mit ungraden und an jedem zweiten und vierten Sonntag die Droschken mit graden Nummern außer Betrieb bleiben dürfen.

Ein „Kinderschau-Verein“, der die „Mißhandlung oder völlige Vernachlässigung von Kindern“ bekämpfen will, soll der „Nat.-Ztg.“ zufolge hier gegründet werden. Der Anstoß zur Gründung dieses Vereins haben einige Gerichtsverhandlungen gegeben, in denen entsetzliche Fälle bestialischer Rohheiten aufgedeckt wurden. Wie der Verein seine Thätigkeit entfalten soll, wird noch nicht gesagt; will er aber wohl oder übel sein Wirken hauptsächlich auf die Fälle beschränken, die erst durch Gerichtsverhandlungen offenbar werden, so dürfte die Zahl seiner Erfolge mit wenig Aufwand an den Fingern heranzählen sein; die offizielle Armenpflege, auf deren Mitwirkung man ebenfalls zu rechnen scheint, wird nicht allzuoft aus ihrer robusten Art schlagen, man verpürte auf dieser Stufe von jeher wenig Neigung zu übermäßig philanthropischen Gefühlen.

Die bourgeoisen Philanthropen, die gegen die Kindermißhandlung zu Felde ziehen, werden aber ebenso wenig den Muth haben, die Nothheiten in maßgebenden Kreisen energisch zu bekämpfen, als sie geneigt sind, den Ausgebeuteten auf ihre Kosten ein Dasein zu verschaffen, das ihn überhaupt erst in Stand setzt, als Mensch menschlichen Empfinden nachzuleben.

Die Art, wie die Familie des im Zuchthaus verstorbenen Klavierarbeiters Kamin die Trauerbotschaft erhielt, ließ vermuthen, daß eine Benachrichtigung seitens der Direktion des Zuchthauses überhaupt nicht üblich ist. Wie sich nachträglich herausstellte, war die Annahme unzutreffend und ist die späte Benachrichtigung auf einige recht bedauerliche Zufälle zurückzuführen, an welchen die Zuchthausdirektion keinerlei Schuld trägt. Frau Kamin erhielt die erste Mittheilung, wie wir berichtet haben, am 9. d. durch die Zurücksendung eines Briefes, den sie an ihren Mann gerichtet hatte und dem von der Zuchthausdirektion die kurze Bemerkung gegeben war: Adressat verstorben. Nachdem dieser Brief eingegangen war, hat Frau Kamin die Direktion um nähere Auskunft und richtete an sie das Ersuchen, die Beerdigung ihres Mannes auf eigene Kosten zu gestatten. Bei der Antwort, welche die Direktion erteilte, stellte sich folgender Sachverhalt heraus: Kamin ist am 1. April gestorben und am 2. April ist von der Direktion an die Familie des Verstorbenen eine Anzeige abgegeben, die die Aufforderung enthielt, telegraphisch mitzutheilen, ob die Beerdigung von der Frau übernommen wird eventuell 35 M. einzuzahlen. Frau Kamin war aber am 1. April verstorben und so ging der Brief als unbestellbar an die Zuchthausdirektion in Halle zurück, von der er an das hiesige Polizei-Präsidium zur weiteren Recherche übergeben wurde, wo sich nun am 12. d. M., da die Recherchen der Polizei noch nicht beendet waren, die Adressatin selbst meldete. Die Beerdigung des Verstorbenen war nicht mehr möglich, da die Zuchthaus-Direktion mittheilte, daß der Verstorbene bei ihm ungenügend gemäß der Anatomie übergeben sei. Daß der erwähnte Brief als unbestellbar zurückging, ist um so mehr zu verwundern, als Frau Kamin schon am 24. März auf dem Postamt ihre neue Adresse angegeben und auch der Hauswirth ordnungsgemäß die Abmeldung besorgt hatte. Aus diesem Grunde ist es auch erklärlich, daß die Meinung entstand, die Direktion des Zuchthauses habe über den Tod des politischen „Verbrechers“ der Familie keine Nachricht zukommen lassen.

Für Herrn Falb sind bis zum 10. April im ganzen 75219,90 M. gesammelt worden.

Die Berliner Universität hat schon wieder einen ihrer Professoren durch den Tod verloren, nämlich den außerordentlichen Professor für nordische Philologie Dr. Julius Hoffory. Hoffory war am 9. Februar 1855 zu Arnburn in Jütland geboren. In Kopenhagen widmete er sich philologischen Studien und kam Ende der sechziger Jahre nach Berlin, wo er Schüler Karl Müllenhoff's und Wilhelm Scherer's wurde. Er habilitirte sich 1883 als Privatdozent, und vier Jahre später, nach dem Tode Müllenhoff's, wurde auf Scherer's Antrag für Hoffory ein etatsmäßiges Extra-Ordinariat der nordischen Philologie und Bonetit geschaffen. Zur Geschichte der alt-nordischen Sprache und Literatur gab Hoffory wichtige Beiträge in seinen „Edda-Studien“ (Theil I, 1889). In Deutschland gebürtig er zu den Männern, welche der modernen skandinavischen Literatur den Weg bahnten. Er gab die Werke von Henrik Ibsen unter dem Titel „Moderne Dramen“ heraus und lieferte selbst eine Uebersetzung der „Frau vom Meer“.

Die 7. städtische Fortbildungsschule für Mädchen, welche seit 14 Jahren im Schulhause, Rannunstr. 63 besteht, beginnt jetzt ihre Unterrichtsturse für das Sommersemester. Die Unterrichtsfächer sind: Deutsch (Rechtschreibung, Briffil, Aufsatz, Vektüre) Schreibens, praktisches Rechnen, einfache und doppelte Buchführung, gewerbliches Zeichnen, Gesang, Turnen, Maschinenarbeiten, Wäsche-zuführen, Schneidern, Plätten, Putzmachen, sowie alle Arten weiblicher Handarbeiten inkl. Kunsthandarbeiten. Außerdem wird Französisch und Englisch für den mündlichen und schriftlichen Gebrauch gelehrt, sowie auch Stenographie nach Stöckel und Rebung im Gebrauche bewährter Schreibmaschinen erworben. Das Schulgeld beträgt für die Hauptsächer monatlich 50 Pf., für die übrigen 1 M. Anmeldungen nachmittags von 8 Uhr ab im Kitzzimmer der 42. Gemeindefürsorge beim Rektor Zander, Rannunstraße 63. Das Kuratorium. Zul. Sackow, Schmidstraße 44.

Die Beiträge zu der Kasse sollen gegen diejenigen der Orts-Krankenkasse ganz erheblich heruntergesetzt werden.

Mit der Einführung der Nichtraucher-Wagen III. Klasse auf der Stadtbahn werden auch, wie verlautet, Raucher-Abtheile II. Kl. geschaffen werden. Die Direktion der Stadt- und Ringbahn will in jedem Wagen II. Klasse vorläufig einen Abtheil für Raucher freigeben.

Der einpännige Omnibus, nur für 12 Personen berechnet, ist das Neueste im Berliner Straßenverkehr. Die Allgemeine Omnibus-Gesellschaft hat heute eine ganze Reihe dieser recht gut aussehenden und leicht fahrenden Wagen auf der Linie Alexanderplatz—Potsdamer Brücke in den Betrieb eingestellt, die in Zwischenpausen von je zwei Minuten verkehren und sehr gut besetzt sind.

Eine sehr beachtenswerthe Vergnadigung. Wegen Erpressung eines Geständnisses unter Anwendung von Gewaltmaßregeln war im vergangenen Jahre der frühere Gemeindevorsteher Valentin Sekulla in Lubow, Kreis Ratibor, von der Strafkammer in Ratibor zu einem Jahre Zuchthaus verurtheilt worden. Sekulla hatte, wie seinerzeit berichtet, in Gemeinschaft mit dem Ortsgendarmen einen des Diebstahls verdächtigen Schuhmacher nach dem Amtsbureau sifft und bei dem Verhör denselben dadurch zum Geständniß zu bringen gewußt, daß er ihn u. a. kleine Holzstücke gewaltsam unter die Fingernägel trieb. Diese von ungeheurer Rohheit zeugende Forderung erregte seiner Zeit überall Aufsehen und gerechte Entrüstung. Die von dem Verurtheilten eingelegte Revision ist vom Reichsgericht verworfen worden. Nunmehr ist infolge eines Gnadengesuchs die einjährige Zuchthausstrafe in einen Monat Festungshaft umgewandelt worden.

Durch einen Sturz aus dem Fenster tödtlich verunglückt ist gestern, Mittwoch, mittags um 12¹/₄ Uhr, der 34jährige Sohn Georg des Arbeiters Kochhan aus der Kugenerstr. 18. Frau Kochhan wollte ihrem Manne das Mittagessen auf die Arbeitsstelle bringen und schickte, als sie bereits auf die Straße hinuntergegangen war, das Kind in die vierte Stock des Quergebäudes gelegene Wohnung hinauf, um die dort stehende gebliebene Milch herunter zu holen. Der Knabe, der die Schlüssel mit bekommen hatte, spielte oben erst noch mit seinem acht Monate alten Bräuderchen und stellte sich dabei auch auf ein Blumenbrett, das sich vor dem Küchenfenster nach dem zweiten Hofe zu befand. Kaum hatte er es betreten, da gab das Brett nach und bevor noch der Knabe es verlassen konnte, löste es sich vollständig ab und stürzte mit ihm in die Tiefe. Während das Blumenbrett von einem anderen im dritten Stock befindlichen aufgingen wurde, fiel der Knabe auf den mit Granitfliesen gepflasterten Hof hinab, schlug mit der linken Kopfseite zuerst auf und blieb mit zermetertem Schädel todt liegen. Ein Kutscher aus einer am Hofe gelegenen Stallung holte von der Ecke der Brunnen- und Kugenerstraße sofort einen Arzt herbei; dieser konnte jedoch nur noch den Tod feststellen. Die Leiche wurde von der Revierpolizei beschlagnahmt und nach dem Schanzenhaus gebracht.

Im „Casé Friedrichshof“ sich zu erschließen versuchte gestern, Mittwoch, Nachmittag der 32 Jahre alte Handlungsgehilfe Reinhold Pomni aus der Buttkamerstr. 3. Pomni war seit dem 15. v. M. in der Zigarrenhandlung von Knip an der Ecke der Anhalt- und Wilhelmstraße angestellt, von dort aber am Dienstag Abend wegen Unregelmäßigkeiten und Trunks entlassen worden. Gestern Nachmittag um 3 Uhr kam er in einer Droschke erster Klasse vor dem „Casé Friedrichshof“ vorgefahren, ließ sich in den unteren Räumen unmittelbar vor dem Schantische nieder und bestellte sich ein Glas Bier. Nachdem er einige Zeit, den Kopf auf die Hand gestützt, da gefesselt hatte, ging er auf die Herrentoilette und jagte sich aus einem Revolver eine Kugel in die linke Brust. Ein Kellerlehrling, der die Toilette benutzen wollte, fand ihn fast blutend und schon bewußtlos geworden daliegen. Die Waffe hielt er in der rechten Hand. Der Förstner des Cafés nahm sich seiner an und sorgte für ärztliche Hilfe. Nach der ersten ärztlichen Besichtigung des Verletzten scheint die Kugel die Lunge verletzt zu haben und man hat daher nur wenig Hoffnung, ihn am Leben zu erhalten.

Der Baumarkt in dieser Saison dürfte, nach der Zahl der eingelaufenen Baupläne zu urtheilen, sich außerordentlich umfangreich gestalten, weingleich die Zahl der Neubauten keine hervorragende ist. Neubauten werden hauptsächlich ausgeführt auf den Terrains der Schönhauser Vorstadt und in Moabit. Dagegen ist die Zahl der Umbauten außerordentlich hoch. Die Abrisse finden vorwiegend in Alt-Berlin statt, so in der König-, Breitenstraße, Goltzow-, Alexander- und Wallstraße, ferner einzelne Abrisse in vielen Straßen der Altstadt. Aber auch in äußeren Stadtgegenden ist die Zahl der Umbauten sehr groß, deren im ganzen 223 bei der Baupolizei gemeldet worden sind. Die Gesamtzahl der konjunktionslosen Neubauten für Berlin beträgt 631. Die zahllosen Bauereien, die auf dem Bauwerke von ordnungsführenden Unternehmern begangen werden, sind sehr schwer statistisch festzulegen. Es läßt sich nicht einmal die Zahl derjenigen Meister genau feststellen, die ihre Arbeiter am Pentecostfeiertage um den schuldigen Arbeitslohn betrogen haben.

Thomas Kneeb, der bekannte amerikanische Farmer und Sportsman, dessen mit der Stute „Bethel-Nelly Kneeb“ vorgenommene Schiedungen den Berliner Gerichten so viele Arbeit gemacht haben, ist nunmehr aus dem Strafgefängnis zu Pösnitz entlassen worden, nachdem er die gegen ihn erkannte Strafe verbüßt hat. Thomas Kneeb wurde am 5. Februar wegen versuchten Betruges zu neun Monaten Gefängnis verurtheilt, von denen sieben Monate durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet wurden. Am 8. Februar erklärte Kneeb, sich bei dem gegen ihn ergangenen Erkenntnis beruhigen zu wollen. So hätte er am 8. April entlassen werden müssen, wenn er nicht noch weiterhin in eine Geldstrafe von 1000 M. genommen worden wäre, für die event. weitere 100 Tage Gefängnis zu substituieren waren. Die Hinterlegung dieser Summe hat sich bis jetzt verzögert, ist aber nunmehr erfolgt. Die Stute „Bethel“ wird, wie gemeldet, heute Nachmittag 3 Uhr in Bestand öffentlich versteigert.

Im Verkehr nach dem Riesengebirge bezw. Glaser Gebirge gelangen vom 1. Mai ab sechs Hunderte-Jahreskarten mit vierzehntägiger Gültigkeitsdauer zur Ausgabe, für welche folgende Tour vorgeschrieben ist: Berlin—Frankfurt—Lambach—Dirschberg—Ruhbank—Dittersbach—Neurode—Mittelsteine—Glax—Camenz—Breslau—Siegny—Sagan—Berlin. Der Fahrpreis beträgt für die zweite Klasse 36,30 M., für die dritte Klasse 25,10 M.

Eine Versammlung behufs Stellungnahme zu der geplanten Bebauung des Botanischen Gartens, die Dienstag Abend in der Viktoriabrauerei in der Bülowstraße stattfand, nahm folgende Resolution an: „Die Versammlung spricht ihr lebhaftes Bedauern darüber aus, daß die königliche Staatsregierung den einmütigen Wünschen der Bürgerschaft um Erhaltung des Botanischen Gartens als öffentliche Paranlage in seinem ganzen Umfange nicht Rechnung tragen, vielmehr denselben der Ban speculation überantworten will, wobei noch besonders betont wird, daß der in Aussicht genommene kleinere Platz in keiner Weise dem dringenden Bedürfnis der in betracht kommenden Stadttheile nach einer Erholungsstätte entspricht. Indem daher die von dem Ausschuss bis jetzt für die Erhaltung des Botanischen Gartens unternommenen Schritte gebilligt werden, wird derselbe zugleich beauftragt, die im Entwurf vorliegende Petition an beide Häuser des Landtages abzusenden und an die Gemeindebehörden von Berlin und Schöneberg die Bitte zu richten, nunmehr auch ihrerseits mit der königlichen Staatsregierung wegen Erwerbung des Botanischen Gartens auf der Grundlage zu verhandeln, daß derselbe als öffentlicher Park der Bürgerschaft für alle Zeit erhalten bleibt.“

Von dem verunglückten Ingenieur Spor werden gute Nachrichten gegeben. Der 31jährige Mann hat sich, wie jetzt feststeht, am Kopfe nur eine leichte Verletzung zugezogen. Von einem Schädelbruch und einer Gehirnerschütterung ist glücklicherweise keine Rede. Schlimme Folgen des Sturzes sind nach menschlicher Voraussicht nicht mehr zu befürchten.

Pastentlassung. Die Freilassung des früheren Studenten der Thierarzneikunde Karl Jüterbog, welcher den Supernumerar Heim durch Opiumintoxikation vergiftet haben soll, war von dem Verteidiger, Schriftsteller Fr. Räukel beantragt, aber seitens des Untersuchungsrichters am Sonnabend abgelehnt worden, und zwar mit der Begründung, daß bei der Höhe der zu erwartenden Strafe die Gefahr vorliege, daß der Beschuldigte sich durch eine Flucht ins Ausland der Bestrafung entziehen könne. Auf die gegen diesen Entscheid des Untersuchungsrichters erhobene Beschwerde des Verteidigers hat die fünfte Strafkammer des Landgerichts I am Mittwoch die beantragte Pastentlassung des Angeklagten beschlossen. Der Verteidiger hatte geltend gemacht, daß in tatsächlicher Beziehung der Fall nicht so schwer liege, wie der Untersuchungsrichter annehmen scheine, und daß auch die Verhältnisse des Beschuldigten jeden Fluchtverdacht ausgeschlossen erscheinen lassen. Um 2 Uhr nachmittags wurde Jüterbog in Freiheit gesetzt. Als unter dem Septembertage sozialdemokratische Redakteure aus unerfindlichen Gründen plötzlich in Untersuchungshaft genommen wurden, war es absolut nicht möglich, sie vor der Hauptverhandlung aus dem Gefängnis heraus zu bekommen. Und auch dann ließ der Brausewetter die Pressländer erst frei, nachdem von ihnen Kaution gestellt worden war.

Die Schauspielerin Martha P., die, wie wir vor längerer Zeit berichteten, sich durch einen Schuß in die Brust zu tödten versuchte, ist geheilt aus dem Krankenhaus entlassen worden und nach Paris abgereist, um ihren Geliebten, einen Rittmeister a. D., wiederzusehen. Sie will von Paris sodann nach Montreux reisen.

Schwere Brandwunden erlitt Dienstag am späten Abend das Dienstmädchen Anna Janel des Nagelmachens-Händlers Buchat, Potsdamerstr. 57. Beim Ordnen eines Hängebodens explodirte dem Mädchen die Petroleumlampe. Schreiend stürzte es mit brennenden Kleidern auf die Treppe hinaus und brach dort zusammen. Derbelegte Hausbewohner löschten die Flammen und holten einen Arzt, der die Verwundete verband und nach dem Elisabeth-Krankenhaus schaffen ließ, wo sie gestern ihren Qualen erlegen ist. Die Feuerwehr löschte das Feuer, das aus der Explosion entsand war, in kurzer Zeit.

Schon wieder hat ein Knabe mit einer Pistole schlimmes Unheil angerichtet. In der Ruheplatzstraße schoß der 13jährige Knabe Heinrich Knittel mit einer Taschepistole den elfjährigen Sohn des Arbeiters Hermann Schulz in das rechte Knie. Der Verletzte wurde durch einen Schutzmänn nach der Unfallstation II gebracht, wo der Arzt das Geschos entfernte. Nach Angabe der Zeugen hat Knittel absichtlich auf den Verletzten gezielt.

Auf eine graufige Art hat sich der 62jährige Fabrikant Christian Steen aus der Großgörschenstraße das Leben genommen. Steen war Mitinhaber der Berliner Golyakow- & Mannufaktur Co. Steen u. Schulze in der Steinmehrerstr. 25. Ein Briesträger fand ihn im Bodengeschos des Hauses Bülowstr. 58 als Leiche. Er hatte sich mit seinem Taschmesser den Hals durchgeschnitten und war verblutet. Die Veranlassung soll im schlechten Geschäftsgange liegen.

Eine Bretterhänge stürzte am Dienstag Nachmittag mit ihrer schweren Belastung in der Fischerwerft von Seib, Göttschinerstraße 81, zusammen. Ein Arbeiter wurde schwer und drei leicht verletzt, während die übrigen durch einen Zufall unverletzt davon kamen. Wie uns mitgetheilt wird, sind in der Werft wiederholt Arbeiter wegen ihrer politischen Anschauung gemahnt. Es scheint also, daß nach der Seite eine größere Aufmerksamkeit von Seiten des Fabrikanten entfaltet wird, als für die Sicherheit des Betriebes.

Unfällefälle im Straßenverkehr. Gestern Nachmittag brach der Baum des Grundstücks Mariannenplatz 22, auf den mehrere Knaben geklettert waren, um und traf den dabei stehenden fünfjährigen Sohn des Schankwirts August König. Der Knabe erlitt eine schwere Verletzung der Wirbelsäule und wurde von Vorübergehenden nach dem Krankenhausethan gebracht. — Vor dem Hause Neue Friedrichstraße 2 lief nachmittags der 15jährige Kaufbursche Paul Altenberg gegen das Gespann eines Omnibusses der Linie Alexanderplatz—Yorkstraße, sel hin und wurde durch den Huftritt eines Pferdes am rechten Vorderarm bedeutend verletzt. Er erhielt auf der Unfallstation V einen Verband. — Am Engelauer wurde nachmittags der 36 Jahre alte Schlosser Karl Wiese hilflos daliegend aufgefunden und nach dem Krankenhausethan gebracht, wo der Arzt einen Knöchelbruch des linken Fußes, sowie eine Gehirnerschütterung feststellte. Seiner Angabe nach ist Wiese beim Walzen mit einem Bekannten von diesem zu Boden geworfen worden. — Beim Abbruch des Hauses Kommandantenstraße 12 stürzte nachmittags der 51 Jahre alte Arbeiter Friedrich Köhler aufsehend infolge eines Gehirnschritts aus dem dritten Stock durch das Schinddach des Baumgarnes auf die Straße hinab und erlitt außer inneren Verletzungen einen Schädelbruch. Er wurde nach der Charitee gebracht.

Versammlungen.

Im Wahlverein für den vierten Reichstags-Wahlkreis (Ost), der am Dienstag seine Generalversammlung abhielt, referirte Genosse Fischer, welcher ein Bild der gegenwärtigen politischen Situation zeichnete und am Schluß seines beifällig aufgenommenen Vortrages betonte, daß die Sozialdemokratie jetzt in erster Linie das allgemeine Wahlrecht zu schützen habe. Der Vorsitzende Schneider gab hierauf einen kurzen Geschäftsbericht für das letzte Halbjahr, dann verlas der Kassirer Frank den Kassenbericht, welcher eine Einnahme von 1056,75 M., eine Ausgabe von 806,05 M. und einen Bestand von 160,70 M. anweist. Der Verein zählt 1263 Mitglieder. Nachdem die Kassenführung seitens der Revisoren als ordnungsmäßig bestätigt war, wurde dem Kassirer Decharge erteilt. Die nunmehr vorgenommene Vorstandswahl ergab folgendes Resultat: Paul Schneider, 1. Vorsitzender; Zabel, 2. Vorsitzender; Leseber, 1. Schriftführer; Quinzing, 2. Schriftführer; Franke, 1. Kassirer; Ender, 2. Kassirer; Wangenbin, Beisitzer. Zu Revisoren wurden die Genossen Kunert, Kleemann und Gieting gewählt. Dann beschloß die Versammlung, am Charfreitag für die Mitglieder des Wahlvereins eine Parteipartie zu veranstalten.

Bauarbeiter. Die hiesige Zahlstelle des Verbandes der Bauarbeiter hielt am 4. April ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Das Andenken des verstorbenen Genossen Schulze wird in üblicher Weise gelehrt. Dem Kassenbericht ist zu entnehmen, daß im letzten Quartal eine Einnahme von 150,80 M., eine Ausgabe von 187,89 M. zu verzeichnen ist. Auf Antrag der Revisoren wird dem Kassirer Decharge erteilt. — Beschlossen wird, bei Todesfällen von Mitgliedern eine Extraxeuer von 10 Pf. zu erheben, wofür in jedem Falle ein Kranz von 7,50 M. gespendet werden soll. Eventuelle Ueberschüsse fließen in die Lokalkasse. Die Zustellung des Organs soll in der bisher üblichen Weise geschehen.

In der Generalversammlung der Möbelpolierer gab Kollege Schulz den Vorstandsbericht. Die Kontrollanten hätten für 1896 ihren Werth dadurch verloren, daß sich nur 177 Kollegen an der Ausfüllung derselben beteiligten. Die alljährlich so auch in diesem Jahre wurde ein Kranz auf den Gräbern der Märzgefallenen niedergelegt. An Rechtschus erhielten zwei Kollegen Unterstützung, außerdem wurden den Hamburger Tafelarbeitern in diesem Jahre noch 200 M. zu theil, desgleichen den Hamburger Steinsehnern 15 M., und wurden ferner seitens der Versammlung den Amsterdamer Diamantpolierern 50 M. bewilligt und dem Vertrauensmann der Möbelpolierer 100 M. Nach dem Bericht des Kassirers war am 31. Dezember 1896 ein Bestand von 1975,50 M., eine Einnahme im I. Quartal 1897 von 1101,20 M.,

eine Ausgabe von 972,85 M., bleibt mithin ein Bestand von 2103,85 M. Dem Kassirer wurde Entlastung zu theil. Die bisherige Wahl der Vertreter der Zahlstellen wurde einstimmig angenommen. Als Kassirer wurde der Kollege Höfert gewählt. Außerdem als Mitglieder der Sachkommission die Kollegen Urban, Dittmann, Händel, M. Schulz, Markgraf; als Revisoren Feist, Strobbach und Riese; als Bibliothekare Reimann und Trefforn und zum Vergütungskomitee Linsig, Weider und Berendt. Bezüglich der Feier des 1. Mai wurde beschlossen, dieselbe durch vollständige Arbeitsruhe zu begehen. Nach Ablehnung einer angeregten Parteipartie wurde beschlossen, bei geeigneter Zeit einen Ausflug nach Freund's Inselgarten bei Spandau zu veranstalten. Zu der am 2. Osterfeiertag, nachmittags 1 Uhr, stattfindenden Urania-Vorstellung sind nur noch beim Kollegen H. Schulz Billets vorrätzig. Behufs Kontrolle müssen die Mitgliederbücher vorgezeigt werden und die abgestempelten Billets bis zum 17. Mai regulirt sein.

Die Graveure und Ziseler hörten in ihrer Versammlung am Montag einen Vortrag des Genossen Dr. Litzgenau über: „Die Verlängerung der Arbeitszeit und ihre Gesamtwirkung“. Die Versammlung erklärte sich in einer Resolution einstimmig mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Bezüglich der Maifeier wurde eine Resolution angenommen, wonach als würdige Demonstration am 1. Mai die Arbeitsruhe zu betrachten ist. Die Kollegen, welche zu arbeiten gezwungen sind, verpflichten sich, ein Viertel ihres Tagesverdienstes dem Vertrauensmann zur Agitation zu überweisen.

Der Verband der Möbelpolierer (Filiale Norden) hielt am Montag, den 12. d. M., seine regelmäßige Versammlung ab. Das Mitglied Reuter hielt einen Vortrag über „Denkmäler“. Die interessanten Ausführungen wurden oft durch Beifall unterbrochen. Unter Verschiedenem wurde auf die baldigt bevorstehende Maifeier aufmerksam gemacht und die Kollegen ersucht, recht rege für dieselbe zu agitieren, damit die Arbeitsruhe eine möglichst vollständige werde. Die Versammlung beschloß, am 20. d. M. (3. Feiertag) eine gesellige Zusammenkunft mit Familie zu veranstalten. Nach Besprechung einiger Fachangelegenheiten erfolgte der Schluß der Versammlung.

Die Marmor- und Granitarbeiter beschlossen am Dienstag in einer gut besuchten öffentlichen Versammlung im Englischen Garten nach einem Referat Mitschke's, dem gegenwärtigen Geschäftsleiter der Steinarbeiter-Organisation, den 1. Mai, wo irgend angängig, durch Arbeitsruhe zu feiern. Die an diesem Tage arbeitenden Steinmehnen sind verpflichtet, eine Mark zum Streifonds zu zahlen. Im zweiten Punkt der Tages-Ordnung wurden die Differenzen bei den Firmen Fink und Jachert besprochen und allseitig kritisiert, daß die Firma Fink die Arbeit der Ausständigen nicht von ihren Arbeitern, sondern im Jellengefängnis fertig stellen ließe. Ueber beide Plätze wurde die Sperre verhängt. Die von der Firma Fink noch arbeitslosen Ausständigen sollen bis zur nächsten Versammlung mit 10 M. pro Woche unterstützt werden.

Eine öffentliche Versammlung der Maler und Berufs-genossen, die nur mäßig besucht war, tagte am Dienstag bei Cohn, Neuthstraße. Nach dem Bericht des Vertrauensmannes Jakobeit betragen die Einnahmen seit dem 28. Juli 1896, inkl. des vorhandenen Bestandes von 659,88 M., insgesammt 775,78 M.; die Ausgaben, darunter 810 M. an die verschiedenen streikenden Gewerkschaften, 100,50 M. Unterstützung an die Familien von Inhaftirten und 50 M. für Agitation, insgesammt 633,40 M.; Baarbestand ist vorhanden 122,38 M.; an Außenständen sind noch 338,25 M. zu verzeichnen. Jakobeit wurde sodann bis auf weiteres als provisorischer Vertrauensmann gewählt, nachdem in der Diskussion angeführt wurde, daß in nächster Zeit eine Versammlung sich mit formulirten Vorschlägen beschäftigen wird, die zu einer regen Agitation führen werden und die Bewegung wieder in Fluß bringen sollen. Als Delegirter zur Gewerkschaftskommission wurde Fink wiedergewählt, nachdem er über die Thätigkeit derselben berichtet hatte. Die Versammlung erklärte sich mit den Ausführungen Fink's, der sich bezüglich der neuen Taktik der Kommission im wesentlichen gegen die von Massini gestellte Resolution wandte und die Aufstellung eines zweiten Beirats für nicht angebracht hielt, einverstanden. Hieran wurde beschlossen, den 1. Mai wie in den Vorjahren durch strikte Arbeitsruhe zu feiern. Die Folgen hat nach dem angenommenen Antrag jeder selbst zu tragen. In der am Vormittag stattfindenden Versammlung sollen Marken ausgegeben werden, um über die Be-theiligung eine Kontrolle auszuüben.

Schöneberg. Am Montag, den 12. d. Mts., fand hier in der Schloßbrauerei eine öffentliche Volksversammlung statt, in welcher Dr. Joel einen sehr interessanten und lehrreichen Vortrag über: „Problem der menschlichen Willensfreiheit“ hielt. — Hieran folgte der Bericht des Genossen Baumler über den Stand der Parteiposition. Nach demselben haben wir im letzten Quartal einen Uebererschus von 68,82 M. erzielt; auch die Zahl der Abonnenen hat stetig zugenommen, am Schluß des Quartals waren es 758. — Ueber Stellungnahme zum 1. Mai berichtete eine zu dem Zweck erwählte Kommission. Die Feier findet im Restaurant Seeschloßchen zu Wilmersdorf in Gemeinschaft mit den dortigen Genossen statt. — Unter Verschiedenem wurde Klage darüber geführt, daß der Bäcker der hiesigen Anschlagläden sich weigerte, die bekannten Plakate vom „Vorwärts“ anzuleben. Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, Beschwerde beim Gemeindevorstand einzureichen.

In Neu-Wehensee tagte am 10. April eine gut besuchte Volksversammlung. Zum Vertrauensmann wurde Genosse Pafewald gewählt. Betreffs der Kaiser wird beschlossen, dieselbe wie im vorigen Jahre stattfinden zu lassen; vormittags Versammlung und abends Kommerz. Es wurde hierzu eine Kommission gewählt, bestehend aus den Genossen Lange, Dähnert, Freitag, Brod, Rieß, Albert Kirchner, Richard Kirchner und Jacobs, welchen die Regelung überlassen bleibt. Zum Schluß hielt Gemeindevorsteher Genosse Karow einen interessanten Vortrag über seine Thätigkeit in der Gemeinde-Verwaltung. In der Diskussion wurden verschiedene Mißstände, welche hier am Orte bestehen, scharf kritisiert. Von den gegnerischen Gemeindevorsteher, welche schriftlich eingeladen waren, war niemand erschienen.

In Nixdorf tagte am 12. April eine öffentliche Versammlung der Krankenkassen-Mitglieder. Dr. Munter referirte über „Die freie Arztwahl“. Die Diskussion bewegte sich fast ausschließlich im Sinne des Referates. Nur der Vorsitzende der Nixdorfer Orts-Krankenkasse, Herr Glasmann, bezweifelte, daß die Kasse die größere Ausgabe an Arzthonorare tragen könnte. Er gab jedoch zu, daß das jetzige Arztsystem verschiedene Mängel habe und deshalb der Vorstand eine Aenderung desselben schon zum 1. Oktober in Erwägung gezogen hat. Es wurde schließlich zu der bevorstehenden Delegirten-Erwahl eine Kandidatenliste, bestehend aus den Genossen Siegrist, Hilse, Blaurock, Krause und Zierke aufgestellt. Zum Schluß theilte Genosse Nehera noch mit, daß sich auch die Arbeitgeber zur Wahl stellen würden.

Köpenick. Schon seit langem gebäht der Polizeiverwaltung zu Köpenick das Verdict, die Frauen in ihren besonderen Schutz zu nehmen. Um zu verhindern, daß denselben „sozialistisches Gift“ eingeimpft werde, mußten die Frauen aus jeder öffentlichen Versammlung, die in der letzten Zeit vom dortigen Vertrauensmann einberufen worden waren, zuerst entfernt werden, ehe die Tagung der Versammlung beginnen konnte. Eingelegte Beschwerden waren bis jetzt fruchtlos. Am 13. d. M. hatte der Vertreter des Kreis Genosse Zubeil wieder eine öffentliche Versammlung für Mann und Frauen einberufen und die polizeuliche Bescheinigung erhalten. Als er nun, nachdem er ein Bureau hatte wählen lassen, sein Referat beginnen wollte, erhob sich der überwachende Beamte, Polizeidiener Haller, und verlangte die Entferrnung der Frauen. Auf die Frage Zubeil's, ob er auch wisse, daß dies dem Wortlaut des Gesetzes nicht entspreche, antwortete er, daß das ganz auf die Auffassung anläge.

Zu Ostern

sehr grosse Vorräthe
in fertiger
Herren- und Knaben-Bekleidung.

Geschäfts-Häuser Baer Sohn

Fabrikation von Herren- und Knaben-Bekleidung
Chausseest. 24a, Brückenstr. 11, Gr. Frankfurterstr. 16,
zwischen Invalidenstrasse und Friedrich-Wilhelmstadt, Theater-
Ecke Rungestr., nahe dem schrägüber dem Ostend-Theater.
Bahnhof Jannowitzbrücke.

Frischen Maitrank

ausgezeichnet im Geschmack und Aroma, à Fl. M. 0,70 inkl., 10 Fl. M. 6,50.
Johannisbeerwein, weiss und roth, Stachelbeer- und Heidelbeerwein,
anerkannt vorzüglich, à Fl. M. 0,85 inkl., 50 Fl. M. 35,-.

Kant 4. 9076 **Eugen Neumann & Co. sw. 68.**

Komptoir und Gesamtlager-Kellereien Lindenstr. 16. 3. Hof.
Detailverkaufs-Läden:
Velle-Alliance-Platz 6a, Kant 4. 3079, Neue Friedrichstr. 81, Weisser Weg 50
Oranienstr. 190, Genslerstr. 29, Kommandantenstr. 67,
Charlottenburg: Kaiser Friedrichstr. 48, Potsdam: Bäderstr. 7.

Eröffnungs-Rennen Halensee



1. u. 2. Osterfeiertag
Nachmittags 4 Uhr.

Billet - Vorverkauf: Leipzigerstr. 112, Kurfürsten-Damm 219.

Brauerei Gambrinus Charlottenburg.

Wir empfehlen unsere ausgezeichneten Biere in Tönen und
Pilsgebirgen.
Sugleich bringen wir in Erinnerung unsere
prachtvollen Sommer-Gärten
mit Bühne, Regelmässen etc. und bitten die Vereine und Gewerkschaften um gef. Zuspruch.
Brauerei Gambrinus, Charlottenburg.

Billigste Bezugsquelle für Cigarren

für Händler, Restaurateure und Wiederverkäufer:
Permanentes Lager von über 1000000 gelagerter Cigarren
in vorzüglicher Qualität und gebilligter Arbeit, sowie in allen Sorten
von Mark 22,- pro Mille an.
Anstellungen, Preislisten
gern zu Diensten.
**E. G. Reichelt, Rixdorf, Bergstr. 67,
am Hinababhof.**

Neu eröffnet!

J. Zobel

Frankfurter Allee 37
(unweit der Ringbahn-Station)
empfehl:

Herren- u. Knabengarderoben
in allen Größen, Farben u. Preislagen,
für jeden Beruf, in nur guten, haltbaren
Stoffen und eleganten Façons.

Sämmtliche Neuheiten
in Jaquet u. Rock-Anzügen, Paletots
und Mänteln etc. am Lager.

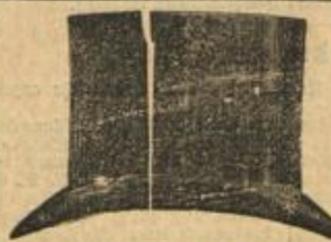
Sport- und Arbeitskleidung
in bester größter Auswahl.
Spezialität: **Knaben-Konfektion.**

Anfertigung auch nach Maass
unter Garantie vorzüglichen Passens
in kürzester Zeit.

**Großes Lager reinwollener
Stoffe.**

Billigste, aber feste Preise.
Streng reelle Bedienung.

Bitte genau auf meine Firma und Nr. 37
1470L zu achten!
Fahrgeld wird vergütet.



Hut-Engros-Geschäft Alvin Sussmann, Holzmarktstr. 38, part.

Grösste Leistungsfähigkeit der Hutbranche.
Herren-Hüte, weiche oder steif, von 1,75 an bis 3,50 M.
Kinder-, Knaben- und Konfirmationshüte von 1 M. an.
Hochleganter Zylinder Ia. 7,50 M.
Plüschhüte Ia. 7, 7,50, 8,- M. 15142*
Saison-Neuheit „weicher Herrenhut“ in allen Farben pr. St. 2,75 M.
Am 1. Feiertag bleibt das Geschäft fest geschlossen.

Spezial-Detail-Verkauf der Fabrikate

von C. & G. Müller, Speisefett-Fabrik Aktien-Gesellschaft
Heinrichs-Platz, Oranienstraße 192.

Feinste Tafelmargarine (Glas für beste Tischbutter), à Pfd. 70 Pf.
Feine Margarine (vorzüglich zum Backen), à Pfd. 50 und 60 Pf.
Gochsine Müller'sche Tischbutter, à Pfd. 1.10 und 1.20 M.
Spec. (Wähler'scher Bäckling), fest Pfund 50 Pf., mager Pfd. 70 Pf.
Prima Bratenchmalz Pfund 35 Pf. und 40 Pf. 14962*
Alle Sorten Käse und Wurstwaren in nur prima
Qualität zu den billigsten Preisen.

Die Gesundheit Eurer Mütter und Töchter

ist das wichtigste. Wie viele
altern frühzeitig durch die auf-
reibende Arbeit über dem Wasch-
fass. Kauf ihnen
**Karol Weil's
Seifenextract,**
die beste trockene Seife in
Pulverform, welches ihnen Ar-
beit spart, die Gesundheit erhält
und die Wäsche schont. Nehmt
nichts anderes!
Das vorzüglichste:
Karol Weil's „Karola“,
Lieblingssäße der Frauenwelt.

Unsinn!!

ist es, viel Geld für
Hüte auszugeben, man
erhält auch zu billigen
Preisen gute und ele-
gante Sachen, z. B.:
von M. an
Knaben-Filzhüte 1,-
Herren-Filzhüte 1,50
Cylinderhüte 4,-
Haarfilzhüte 4,50
Einschnungshüte 1,-
Chapeaux clasques,
Reise-, Loden- u. Jagd-
hüte enorm billig im
Einzelvekauf bei
**Arnold & Eggert, Hat-Engros-Lager, Waldemarstr. 44,
part. rechts im Komptoir. Kein Laden.
Nur moderne Waaren in grosser Auswahl.**

W. Schröder Söhne Butter-Handlung.

1. Weissenburgerstr. 8.
2. Trescowstr. 20 a, am
Wörther Platz. 14914*
3. Schönhauser Allee 154.
4. Gde. Oderbergerstr.
5. Honoldstr. 15, an der
Neuhöllmerstr.
6. Reichenergerstr. 15, am
Rottbuler Platz.
7. Rindstr. 6, Gde. Preisenstr.
8. Wilmannsstr. 47.
9. Brenzlauer Allee 218.
10. Rixdorf, Bergstr. 47.
Butter 80-90 Pf.
Feinste Tafelbutter 100 Pf.
Garant. reine Naturbutter.

Gr. Möbelverkauf

wegen U m z u g des Möbelspeichers
Rosenthalerstr. 13. Um die ganz
bedeutenden Transportkosten zu er-
sparen, verkaufe ich jetzt zu jedem an-
nehmbaren Preise. Zum Umzug und
für Brautleute ist somit Gelegenheit
gegeben, ganze Ausstattungen, sowie
einzelne Stühle ganz besonders billig
einzukaufen. Es stehen viele einfache,
mittlere u. hohelegante Einrichtungen
am Lager, auch gelegentlich angekaufte
herrschaftliche Möbel, sehr billig. Ver-
liehen gewesene und gebrauchte Möbel
spottbillig: Kleiderstühle 15, Kom-
moden 10, Küchenschränke 10, Stühle 2,
Bettsesseln mit Sprungfedermatratzen
18, 23, 30, Truhen 30, 60, Buffets,
Polsterbureau, eleg. eichneid. Damen-
schreibtische 40, 60, Garnituren 50, 70,
Spiegel in allen Arten und Größen,
Küchenschrank, Sopha 18, 23, 30 M. u.
Eigene Tapezier- u. Dekor.-Werstatt,
vier große Möbel-Lagerräume. Ein-
richtungen auch auf Theilzahlung. Ver-
kaufen ohne Anzahlung. Gekauft Möbel
können beliebige Zeit stehen bleiben,
werden durch eigene Gespanne sauber
transportirt und in der Wohnung auf-
gestellt, auch anherhalb. 14342*

Ostereier!!

in größter Auswahl
zu billigsten Preisen
Hermann Koch,
11 Spandauer Brücke 11.
1484L* 35 Friedrichstr. 35.
Zum bevorstehend. Osterfest empfiehlt
seine als vorzüglich bekannten
Mehlsorten
zum Preise v. 12-20 Pf. pr. Pfund,
sowie alle Backzutaten billigst
14282* **P. Herrguth,**
Müllerstr. 180 (Wedding-Platz).

Kinderwagen

größtes Lager,
billigste Preise,
auch
Theilzahlung
bei
W. Holze,
Craunstr. 3.
Fur. Kant IV, 9666.

Stühle und weiche Güte v. 2 M. an; in hohellegant. Aus- stattung: 2,80-3,25 M. G. Böhm, Weissenburgerstr. 73, p.

Möbel

auf Theilzahlung. Spez. kleine u.
mittlere Wohn-Eintr.
Kellermann, Neue Jakobstr. 26.
66. Resterhandlung. 66.
Billig Reize zu Knaben-Anzügen von
1 M. Große Anzüge von 7 M. an,
bis zum feinsten Sammgarn, auch pass.
zu Einfügungs-Anzügen. Große Aus-
wahl in Paletots, sowie zu Mänteln,
Jaquets, Plüsch, Atlas, Seide. 14232*
Auf Wunsch alles zugeschnitten, auch
angefertigt. Fertige Knaben-Anzüge.
**66. Karle, Waldemarstr. 66,
Telephon Amt IV, 1597.**

Rohtabak

Grösste Auswahl! Billigste Preise!
Unter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämmtliche
Fabrikations-Materialien.
(Neue Formen, sehr gr. Ausw.
à 1.40 M.) Man verlange Preis-
Verzeichniss. 10682*
Heinrich Franck,
Nr. 185, Brunnenstr. Nr. 185.

Möbel billig. Ostbahn-Gebäude am Rixdorfer Platz.

Reste. Reste.
Solenne, jed. Rest eine Herrenhose, 5 M.
Sommerpaletotreste, jeder Rest einen
Paletot, 10 Mark. 15063*
Knabenanzugreste, sehr groß, 2-3 M.
Herrenanzugreste in größter Auswahl.
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Für 36 Mark

liefern keinen Anzug n. Paar. Für 30 M.
K. Sommer-Paletot nach Maass. Für
8-12 M. feine Dolan nach Maass.
Bedeutendes Stofflager.
Krausenstr. 14, I, kein Laden.

Steppdecken- Fabrik.

Berlin C., Wallstraße 72.
Vorzügliche Handarbeit. Staunend
billig. Alte Decken werden aufgearbeitet.
In nächster Nähe vom Bahnhof
Jannowitzbrücke und Spittelmarkt.

Fahrrad.

Mobil 1897, neu, erstklassiges Fabrikat,
leicht, sämmtliche Neuerungen, hoch-
elegante Ausstattung, volle Jahres-
garantie, für die Gummireifen keine
Ertrag, alle Zubehörteile, Reparatur-
kostenlos, sehr billig. Edel, Fährten-
straße 8, 1 Treppe, an der Ritterstraße.
Bis 10 Uhr abends, auch Sonntags.

Knaben-Garderoben

für das Alter v. 2-15 Jahren empfiehlt
in größter Auswahl 18672*
zu billigen Preisen. Plüsch gratis.
**K. Hustedt, O., Rospenerstr. 85,
partiere,
2 Min. v. Schlesischen Bahnhof.**

Alb. Kenschewski & Co.

Zentrale Leipzigerstr. 63a
Filiale: S. Prinsenzstr. 32.
" NO. Kaiserstr. 43.
" N. Brunnenstr. 22.
" N. Invalidenstr. 145.
" C. Münzstr. 23.

Cigarren u. Cigaretten

en gros - en detail.
Cigarren pro 100 Stück
1.70. 2.40. 2.80. 3.00. 3.50.
4.00 u. 5.00
bis 15 Mark aufwärts.
Cigaretten pro 100 Stück
gepreßt, mit u. ohne Mundstück,
Gold u. Korl 15082*
50 Pf., 60 Pf., 75 Pf., 80 Pf.,
90 Pf., 1.00, 1.10, 1.25 u. f. w.
Nur reelles, gutes Fabrikat.
**Wiederverkäufer und
Restaurateuren
extra hohen Rabatt.**

Achtung!
Künstliche Zähne von 3 M. an,
Zahelz, wöchentlich 1 M., wird abgelöst.
Zahnziehen, Zahnreinigen, Nervendücken
bei Bestellung umsonst.
**Guckel, Rixdorferplatz 2, Glasther-
str. 12, Steglitzerstr. 71 I.**

Schuhwaaren-Haus

S. Selbiger, Landsbergerstr. 40 Ausnahme-Preise
Ecke Lietzmannstr. Donnerstag, den 15., Freitag, den 16., Sonnabend, den 17. April.

Herren-Stiefel
gut und dauerhaft gearbeitet,
sonst 6,50 7,50 8,50 9,50 10,50
jetzt 4,50 5,50 6,50 7,50 8 Mk.

Damen-Promenadenschuhe
zum Schnüren, Knöpfen und Gummizüge
sonst 4,50 5,50 6,25 7,10
jetzt 3 3,75 4,50 5,15 Mk.

**Mädchen- und Knaben-
Knopf- und Agraffenstiefel**
in schwarz und farbig zu staunend billigen Preisen.

Damen-Stiefel
zum Knöpfen, auch Gummizüge,
sonst 6 7,50 8,25 9,30
jetzt 4,50 5,25 6,75 7,50 Mk.

Strandschuhe
für Damen, Herren und Kinder,
zu sehr billigen Preisen.

Grosse Auswahl
in Schuhen für leidende Füße sowie Radfahrer-Sandalen,
Lawn-tennis-Schuhen
zu äusserst billigen Preisen.